Nr. 108 — Halle a. S., Dienstag den 11. Mai 1909 — 20. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg. vierteljährlich 1,80 Mk. pränumerando, frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,85 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" Unterhaltungsbeilagen, durch die Post nicht bezogen, kostet monatlich 10 Pfg. vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle(Saale).

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Die Haltung der Fraktion.

Sozialdemokratie und Finanzreform.

Die demokratische und zum Teil liberale Presse zerbricht sich wieder den Kopf der Sozialdemokratie; denn die Dinge haben sich so zugespitzt, daß die Stimmen der Sozialdemokratie ausschlaggebend werden könnten bei der Frage der sogenannten „Finanzreform". Die „Frankfurter Zeitung" im besonderen will es nicht gelten lassen, daß wir gegen die Erbschaftssteuer stimmen werden; sie meint, wir wollten bloß diese Erbschaftssteuer nicht, weil sie uns zu gering erscheine; wenn sie aber kräftiger gestaltet werde, müßten wir grundsätzlich dafür sein.

Von diesem Gesichtspunkte ist wohl auch der Vorschlag aufzufassen, für den jetzt die Bülow-Offiziösen Propaganda machen: zunächst die 400 Millionen Verbrauchssteuern zu bewilligen, die Entscheidung über die Nachlaßsteuer aber hinauszuschieben. Das heißt mit anderen Worten: für die Verbrauchssteuern ist eine Blockmehrheit da, also gebrauche man sie; hat man aber erst diese unter Dach und Fach, dann kann man eventuell bei der Nachlaßsteuer die Stimmen der Konservativen entbehren, denn die Sozialdemokraten werden für diese direkte Steuer stimmen, wenn sie von den Verbrauchssteuern losgelöst wird.

Die Rechnung stimmt nicht.

Wohl fordern wir in unserm Programm direkte Steuern, aber nicht, um damit den Militarismus zu füttern.

Es ist albern, von einer Partei, die grundsätzlich das Staatsbudget ablehnt, zu erwarten, daß sie der Regierung ohne weiteres Steuern bewilligen werde.

Es kann zwei Fälle geben, bei denen wir im kapitalistischen Staat für Steuern stimmen.

Erstens, wenn es sich um einen speziellen Zweck handelt, den wir billigen, zum Beispiel bei der Arbeiterversicherung.

Zweitens, wenn durch eine direkte Steuer eine bestehende Verbrauchssteuer ersetzt wird, zum Beispiel, wenn die Brotzölle nur unter der Bedingung abgeschafft werden sollten, daß der finanzielle Ausfall durch direkte Steuern gedeckt werde.

Auf keinen Fall aber liegt für uns ein prinzipieller Grund vor, für eine direkte Steuer einzutreten, wenn sie nur als Vorspann oder als Deckung für neue Verbrauchssteuern dient, oder deshalb eingeführt wird, weil die übrigen Steuerquellen versagen — kurz, wenn die direkte Steuer nicht zur Entlastung der Volksmassen, sondern nur zur Steigerung der Macht des kapitalistischen Staates führt.

Wir verwerfen die sogenannte „Finanzreform" aus zwei Gründen: wegen der Art, wie sie die Mittel aufbringt, und wegen der Art, wie diese Mittel verwendet werden sollen.

Der finanzielle Zweck, der den neuen Steuern vorgeschoben wird, die Einschränkung der Schuldenaufnahmen, wird nicht erreicht werden. Mag sein, daß man sich zum Teil wirklich dieser Illusion hingibt, aber die Annahme widerspricht der gesamten Entwicklung des kapitalistischen Staatsbudgets. Sind denn die Staatsschulden deshalb gestiegen, weil die Staatseinnahmen geringer geworden waren? Nein, umgekehrt, erst die Steigerung der Einnahmen setzte den Staat in den Stand, viel Zinsen zu zahlen und große Schulden aufzunehmen. Die Entwicklung der Industrie eröffnet dem Staat immer größere, aber auch kostspieligere Möglichkeiten auf den Gebieten des Militarismus, des Marinismus und der Kolonialpolitik, die Ansammlung von Geldkapital stellt ihm gewaltige Summen zur Verfügung, — darum macht der Staat Schulden. Erst waren ja alle Staatsanleihen mit einer Tilgungsquote versehen, so daß die Schuld allmählich von selbst erlöschen mußte. Weshalb ließ man allgemein davon ab, um zu der sogenannten Rentenschuld überzugehen? Weil es der Entwicklung des Kapitalmarktes entsprach, die Schuld stehen zu lassen. Zeitweise werden ja auch jetzt Tilgungen vorgenommen, aber dann kommen andere Zeiten, da die Staatsschulden um so mehr in die Höhe gehen. Sie sind zu einer Notwendigkeit des kapitalistischen Geldmarktes geworden. Man ziehe die Staatsschulden vom Geldmarkt und alle Banken liegen in Trümmern.

Das einzige Mittel, die Staatsschulden einzuschränken, ist die Einschränkung des Militarismus. Dann werden Mittel frei, Schulden und auch Steuern werden entbehrlich.

Der eigentliche Zweck der sogenannten Finanzreform ist gar nicht der Ausgleich, sondern die Steigerung. Die 500 Millionen, die man zurzeit der Handelskrisis herausgerechnet hat, werden sich mit dem Aufschwung rasch in 700 oder 800 Millionen verwandeln. Und wenn der Staat neues Geld kriegt, wird er auch neue Schulden machen.

Jede 100 Millionen neue Steuern ziehen mindestens 1000 Millionen neue Schulden mit.

Denn die imperialistische Weltmachtspolitik ist die Seele des Ganzen. Sie treibt den Staat unabwendbar über jede finanzielle Basis hinaus, mag diese noch so hoch und breit gefaßt werden.

Man will sich neue Finanzquellen erschließen, um desto energischer in den politischen Wirrnissen Europas und der ganzen Welt auftreten zu können. Man braucht Geld, weil man zum Kriege rüstet.

Diese Politik des militaristischen Draufgängertums bekämpfen wir am meisten. Nicht bloß, weil wir die kapitalistische Gesellschaft bekämpfen, sondern weil sie Unheil schafft innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.

Statt die Handelsbeziehungen zu pflegen, die die Industrie schafft, zerreißt man sie mit Gewalt. Ueber die verhängnisvollen Wirkungen des neuen deutschen Zolltarifs kann man sich ja gar keinen Täuschungen mehr hingeben. Das Handelsgeschäft mit Kanada ist gründlich verdorben. Mit den Vereinigten Staaten besteht fortgesetzte handelspolitische Spannung. Ein Handelsvertrag kam nicht zustande, die Unsicherheit ist permanent, jeden Augenblick kann ein Zollkrieg ausbrechen. Mit ohnmächtiger Wut steht die deutsche Geschäftswelt den neuen Tarifänderungen in den Vereinigten Staaten entgegen. Sie weiß sich nicht zu helfen, denn zu erreichen wäre etwas nur auf dem Wege der Zollermäßigungen, und die wichtigsten Zölle sind in Deutschland durch den Tarif gebunden. Der Handel mit Südamerika gewinnt anerkanntermaßen eine gewaltige Bedeutung für den Weltverkehr, — was aber geschieht, um dort das handelspolitische Verhältnis zu Deutschland zu bessern? Nichts! Das hochschutzzöllnerische Nordamerika läßt den brasilianischen Kaffee frei ein, um die Handelsbeziehungen zu diesem reichen Lande zu pflegen, — in Deutschland erhebt man den Kaffeezoll und den Tabakzoll, denn der Staat braucht Geld fürs Militär. Brasilien ist gerade jetzt daran, seinen Zolltarif zu ändern. Es gewährt 20 Prozent Zollermäßigungen — gegen Ermäßigungen. Aber wie soll man in Deutschland etwa den Zoll für brasilianischen Tabak herabsetzen, da man vielmehr daran geht, die Tabaksteuer zu erhöhen, und hierin das Heil des Reiches erblickt? In Rußland greift der Einfluß des englischen Kapitals immer mehr um sich. In Ostasien hat man durch Kiautschau und durch die falsche Politik im japanischen Krieg sich bloß Schwierigkeiten und Feindseligkeiten geschaffen. Schließlich in den letzten Tagen durch die bedingungslose Unterstützung Oesterreichs in seinem Konflikt mit der Türkei hat man einen guten Teil der gegen Oesterreich gerichteten Animosität auf sich übertragen.

Innerhalb all dieser Mißlichkeiten kennt die Reichsregierung nur eine Lösung und einen Ausweg: aus den deutschen Volksmassen Steuern zu pressen und sie in Panzerplatten und Kanonen zu verwandeln!

Wahrlich, wenn wir Boshheitspolitik treiben wollten, müßten wir diese Politik, die zum politischen und finanziellen Bankrott führt, unterstützen. Aber unsere Politik wird nicht durch die Rücksicht auf unsere Feinde bestimmt, sondern durch die Einsicht in die Interessen der Volksmassen und die Aufgaben der sozialen Entwicklung des Landes. Wir werden die Erbschaft dieses Staates antreten müssen. Wir wollen nicht daß diese Erbschaft so aussehe, wie die Erbschaft der russischen oder die Erbschaft der türkischen Revolution.

Darum verwerfen wir die sogen. Finanzreform.

Vom Trümmerfelde.

Nachdem die Finanzkommission des Reichstags auch die Weinsteuer abgelehnt hat, gestaltet sich die Situation der Reichsfinanzreform folgendermaßen: Angenommen in erster Lesung ist die Brausteuer als das einzige Steuergesetz, das sich bisher im Fegefeuer der Kommission ziemlich unverändert erhalten hat. Die Branntweinsteuer hat nach Ablehnung des Zwischenhandelmonopols eine Gestalt bekommen, in der sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zum Gesetz werden wird; die Liebesgaben sind durch Beschluß des schwarzschwarzen Blocks in der alten Höhe verewigt, der Ertrag ist um etwa 30 Millionen Mk. gegen die Summe herabgesetzt, die die Regierung aus ihrer ursprünglichen Vorlage erwartete. Man nimmt übrigens allgemein an, daß die Beschlüsse der Kommission weiter nichts als eine der berühmten „Notbrücken" ist, und zwar soll diese „Notbrücke" womöglich zum Monopol zurückführen. Abgelehnt ist die Gas- und Elektrizitätssteuer, die Inseratensteuer, die Nachlaßsteuer, das Projekt einer Erbanfallsteuer und jetzt auch die Weinsteuer. Eine neue nach dem Werte stark gesteigerte Staffelung der Schaumweinsteuer soll einen Teil des entstehenden Ausfalls ersetzen, der Vorschlag ist vom Zentrum gemacht worden, das sich nun der Regierung gegenüber mit Recht rühmen kann, durch sein Eingreifen den einzigen positiven Beschluß zur schärferen Heranziehung des Weins erzielt zu haben. Allerdings hat schon die Schaumweinsteuer als solche die an sie geknüpften Hoffnungen schmählich enttäuscht, und was durch die neue Staffelung gewonnen wird, wird wenig dazu beitragen, die Löcher der Reichskasse zu stopfen.

Nimmt man — entgegen der Wahrscheinlichkeit — die in erster Lesung erledigten und nicht von vornherein abgelehnten Steuern bereits als bewilligt an, so kann man aus ihnen auf einen Gesamtertrag von höchstens 200 Millionen rechnen. Nun steht freilich noch die Tabaksteuer aus, deren Ertrag nach den Beschlüssen der Subkommission aber auch bedeutend niedriger geschätzt werden muß als nach den Vorschlägen des Regierungsentwurfs. Wenn die Kommission in der Weise weiter arbeitet, wie nach den bisherigen Erfahrungen zu erwarten ist, so wird der Ertrag der von ihr bewilligten Steuern noch nicht an die Hälfte der Summe heranreichen, die von der Regierung gefordert worden ist. Wo aber bleiben die vom Reichskanzler angekündigten Ersatzsteuern? Am 20. April sagte Herr Bülow zu den Deputationen aus dem Reiche, die nach Berlin bestellt waren, um gegen den Reichstag zu demonstrieren, „daß sich die verbündeten Regierungen in den allernächsten Tagen endgültig über die Stellung schlüssig machen werden, die sie zur Frage der Ersatzsteuer für die zweite Lesung im Reichstage einnehmen wollen." Und zum Schlusse seiner Rede wiederholte er, die Finanzreform müsse bringen 500 Millionen, davon 25 Millionen Matrikularbeiträge, 350—360 Millionen Mark Konsumsteuern, 90—100 Millionen Mark vom Besitz, weitere 70—80 Millionen Mark durch die sogenannten Ersatzsteuern, über die sich — wörtlich — „der Bundesrat dieser Tage schlüssig machen wird". Seitdem sind drei Wochen ins Land gegangen und man hat von den Ersatzsteuervorlagen der Regierung nicht das allermindeste bemerkt. Nicht um 70—80 sondern um 250—300 Millionen Mark handelt es sich jetzt, die, wenn die Reform das von der Regierung erstrebte Ziel erreichen soll, durch Abänderung und Ergänzung der Kommissionsbeschlüsse aufgebracht werden müßten.

Man muß unter diesen Umständen die Dreistigkeit der „Nordd. Allgem. Ztg." bewundern, die in ihrer letzten Wochenrundschau schreibt:

> Die verbündeten Regierungen geben die Hoffnung noch nicht auf, daß die Erkenntnis der Staatsnotwendigkeit und das politische Verantwortlichkeitsgefühl den Reichstag zu dem Entschlusse nötigen werden, dem bisherigen Zustande ein Ende zu machen und trotz aller Schwierigkeiten noch in diesem Sommer eine volle Deckung des Reichsbedarfs zu schaffen.

Wenn Herr Bülow die für die allernächsten Tage angekündigten Ersatzsteuern nebst Erbschaftssteuer in drei Wochen nicht aus dem Bundesrat in den Reichstag bringen kann, so ist es doch ein allzu durchsichtiges Spiel, das die Regierungspresse treibt, indem sie alle Verantwortung für das Stocken der Arbeit dem Reichstag allein zuschiebt.

Bedeutet das Zögern, daß man nicht wagt, die Ersatzsteuern vom Besitz zu holen? Will man durch neue Konsumsteuern die Massen überrumpeln? In der Tat: die Massen müssen gerüstet sein!

Politische Uebersicht.

Halle, den 10. Mai 1909.

Zur Erbschaftsbesteuerung

veröffentlicht die „Kreuzzeitung" einen neuen Vorschlag, der darauf hinausläuft, daß bei direktem Erbgange nicht das dem Erben zufallende Vermögen, sondern bloß der Wertzuwachs zu diesem besteuert werden soll. Der Vorschlag der „Kreuzzeitung" würde in der Praxis dahin führen, daß ein vom Erblasser erworbenes kleines Vermögen scharf zur Steuer herangezogen würde, während ein ererbter ländlicher Millionenbesitz steuerfrei bleibt, sofern der Erblasser nur so vorsichtig war, den Wertzuwachs rechtzeitig durchzubringen — zu versaufen, würde der Herrenhäusler Graf Mirbach sagen — oder ihm durch geschickte Berechnung vor der Steuerbehörde verschwinden zu lassen. — Das scheint bis auf weiteres das einzige „Zugeständnis" zu sein, zu dem sich die Konservativen entschließen können. Nach zuverlässigen Erkundigungen, die die „Kreuzzeitung" eingezogen hat, sind nur noch die drei sächsischen konservativen Abgeordneten bereit, die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Ehegatten und Kinder unter gewissen Bedingungen, die aber auch nicht einmal den Liberalen genehm sein dürften, gutzuheißen. Die Mehrheit von 58 konservativen Abgeordneten wird eine solche Erbanfallsteuer unter allen Umständen ablehnen. „Diese Stellungnahme," fügt das konservative Organ hinzu, „ist endgültig. Keine Rücksicht auf Personen oder auf nachteilige politische Folgen, auch nicht auf eine Reichstagsauflösung, wird daran noch etwas ändern. Die Fraktion ist, wie uns versichert wird, bereit, alle aus dieser Stellungnahme sich ergebenden Konsequenzen auf sich zu nehmen."

Das klingt beinahe so, als ob die Konservativen eine Kraftprobe provozieren wollten! An eine Reichstagsauflösung mit der Parole „Gegen die Junker!" glauben sie nicht, sie wissen, daß Herr Bülow schon wegen der Hefgehenden Aufregung und Unzufriedenheit der Beamten, die sich allerorten kundgibt, Reichstagsneuwahlen kaum riskieren wird. Darum stellen sie Herrn Bülow offen vor die Wahl, sich entweder auch zu formellem Kadavergehorsam gegenüber den konservativen Parteiführern zu verpflichten, oder aber abzutreten. „Keine Rücksicht auf Personen," also auch nicht auf den agrarischen Reichskanzler, für den es jetzt ganz einfach heißt: Fritz Vogel oder stirb!

Von den Konservativen haben die Parteien zu lernen, wie man grundsätzlich klare und rücksichtslose Machtpolitik treibt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090511-14/fragment/page=0001

Das Defizit steigt.

Das Reichsschatzamt wird in der nächsten Zeit den Finalabschluß der Reichshauptkasse für das Jahr 1908 fertiggestellt haben. Wie berichtet wird, wird dieser Abschluß überaus ungünstig ausfallen. Durch den ungünstigen Abschluß der Reichshauptkasse werden auch die Einzelstaaten ganz erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Den Einzelstaaten sind die Matrikularbeiträge in einem Betrage von mehr als 100 Millionen Mark gestundet worden in der Erwartung, daß die Ueberweisungssteuern einen Mehrertrag bringen werden. Nun ist aber genau das Gegenteil davon eingetreten. Der Ertrag der Ueberweisungssteuern ist hinter dem Voranschlag zurückgeblieben, und um diesen Betrag steigert sich nun die Summe, die die Einzelstaaten an das Reich zu bezahlen haben. Die ungedeckten Matrikularbeiträge eingerechnet, dürfte sich die Verpflichtung der Einzelstaaten an das Reich auf etwa 140 Mill. Mark belaufen. Unter diesen Umständen befindet sich auch die Reichskasse in einer sehr ungünstigen Lage. Das Defizit beträgt voraussichtlich 130 Millionen Mark. Diese Summe wird zunächst als Fehlbetrag aus früheren Jahren im Etat verrechnet, selbstverständlich muß aber im Etat für 1910 Deckung dafür beschafft werden. Die Finanzen werden immer trostloser.

Die Beamten erwachen!

Die Einschüchterung der Beamten, die von Rheinbahnen und den Regierungsorganen nach der bekannten Beamtenkundgebung in der Hasenheide zu Berlin versucht wurde, hat doch nicht so durchgreifenden Erfolg gehabt, wie das nach den feigen Rückzugserklärungen einiger Beamtenorganisationen scheinen wollte. Am Freitag fand abermals in Berlin in den „Germaniasälen" eine vom Neunerausschuß der Beamtenvereine Großberlins einberufene Versammlung statt, die Stellung zu den Beschlüssen des preußischen Herrenhauses über die Besoldungsreform nahm. Lehrer Otto Pautsch führte aus:

„Da die in der Thronrede angekündigten Versprechungen nicht eingehalten worden sind, habe der König eine Schlacht verloren. Im Herrenhaus gelte die Thronrede nur als leeres Stück Papier, an das man sich nicht kehre. Gustav von Schmoller habe eines Tages vom Herrenhause gesagt: „Den Herren fehle die politische Bildung!" Der Durchschnittskopf eines preußischen Volksschullehrers würde sich zwischen den Schultern der preußischen Herrenhausmitglieder noch sehr respektabel ausnehmen. Man muß sich die Abstimmung des Herrenhauses politisch merken."

Die Sache der Beamten und Lehrer werde nur dann einen Erfolg haben, wenn sie Sache des ganzen Volkes werde. Der Redner richtete sodann an die Regierung die Aufforderung, eine Sozialstatistik der Beamtenschaft herauszugeben. Die Beamten sollen nicht im Gehorsam des Hungers und der Knechtschaft stehen, sondern als freie Germanen auftreten. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte meinte Herr Cobölen: Man stehe vor neuen Landtagswahlen. Die Beamten sollen hierbei die Kandidaten auf Herz und Nieren ansehen und der freisinnigen Parteileitung erklären, daß — falls von den Berliner Mandaten nicht eines an einen mittleren Beamten oder Lehrer gegeben werde — die Beamtenschaft im Kampfe gegen die Sozialdemokratie Gewehr bei Fuß stehen werde!

Der Beamtenwahlverein und ein zu wählender Ausschuß werde die Verhandlungen in die Hand nehmen und auch bei den Stadtverordnetenwahlen in diesem Herbst eingreifen. Nach eingehender Debatte gelangte eine scharfe Resolution gegen das preußische Herrenhaus einstimmig zur Annahme.

Auch diese Demonstration der Beamten, so bemerkt der „Vorwärts" dazu, beweist mit erfreulicher Deutlichkeit, daß auch in Deutschland die Zeiten vorüber sind, wo die Beamten sich duckten und für die Almosen dienerten, die ihnen der Staat, d. h. die ihn beherrschende besitzende Klasse, gelegentlich zuzuwerfen so gnädig war. Die Beamten beanspruchen heute das Recht, zu fordern. Sie verlangen vor allen Dingen das Koalitionsrecht, das man ihnen so lange schnöde verweigert hat. Die Maßregelungen und Drohungen der Regierung und der bürgerlichen Parteien haben sie nicht ins Bockshorn gejagt, ihnen im Gegenteil den Wert und die Notwendigkeit starker Organisationen und unverbrüchlicher Solidarität bewiesen.

Kultusetat und kein Ende.

Das preußische Dreiklassenhaus ist auch am Sonnabend mit der Beratung des Kultusetats noch nicht zu Ende gekommen. Da der 1. April nun einmal doch überschritten ist, nehmen sich die dreiklassigen Gesetzgeber Zeit. Der Sonnabend brachte zunächst eine lange Auseinandersetzung über die höhere Mädchenschulreform, von der man aber wirklich nicht behaupten kann, daß sie zur Klärung dieser Frage viel beigetragen hat. Die freisinnigen Herren Cassel und Peltasohn verlangten die Bereitstellung von Mitteln auch für einen jüdischen Religionsunterricht in der Volksschule. Lebhafter ging es erst am Schluß der Sitzung zu. Von nationalliberaler und freisinniger Seite wurde nämlich gerügt, daß die Unterrichtsverwaltung den Bücher-Katalog der Gesellschaft für Volksbildung in ihren Empfehlungsschreiben an die Schulbehörden geflissentlich totgeschwiegen habe. Die Gesellschaft gilt bekanntlich bei den Musdern als nicht ganz einwandfrei, da sie nicht nur fromme Traktätchen, sondern auch einige wirklich gute Bücher in ihren Katalog aufgenommen hat. Herr Schwartzkopff hat bennoch unschuldig wie ein Lamm und wollte die ganze Sache auf ein Versehen zurückführen. Doch plauderte der Konservative Heckenroth gleich darauf die Wahrheit aus, indem er „gründliche Vorsicht" gerade dieser Gesellschaft gegenüber empfahl. Am Montag geht die Beratung weiter.

Deutsches Reich.

— **Sicherung der Bauforderungen.** Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine größere Sicherung der Bauforderungen bezweckt.

— **Der deutsch-schweizerische Mehlkonflikt dauert fort.** Unter Leitung des Direktors v. Koerner vom Auswärtigen Amt haben Verhandlungen stattgefunden, um diesen Zwist zu beseitigen. Wie nunmehr mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, angeblich durch die ablehnende Haltung der schweizerischen Müller.

— **Die „Herren im Hause".** Der geschäftsführende Ausschuß des Bundes der Industriellen will nicht allein die Gewerbeordnungsnovelle durch einen Druck auf den Bundesrat zu Falle bringen, er wendet sich auch gegen das Arbeitskammergesetz, das ihm verfrüht erscheint, insbesondere aber müsse Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß Arbeitersekretären die Wählbarkeit zuerkannt würde. Der Ausschuß der Scharfmacher legt dann auch noch dagegen Verwahrung ein, daß die Regierungsvorlagen in den Reichstagskommissionen vielfach grundsätzliche Abänderungen erfahren.

Damit erklimmen die Scharfmacher allerdings den Gipfel der Unverfrorenheit, denn es ist doch wahrlich ein starkes Stück, wenn sich die Bueck und Konsorten auch noch herausnehmen, den Kommissionen des Reichstages Vorschriften machen zu wollen.

— **Holstein.** Am Sonnabend ist in Berlin der Geheime Rat v. Holstein gestorben. Der Verstorbene hat in der Auslandspolitik des Deutschen Reiches eine große, und mitunter sehr unheilvolle Rolle gespielt. Bekannt ist noch sein Streit mit dem „Kladderadatsch", der zu einem Duell führte. In Erinnerung dürfte auch noch seine durchaus nicht einwandfreie Haltung in dem Prozeß sein, den Bismarck seinerzeit gegen den deutschen Botschafter in Paris, v. Arnim, hatte einleiten lassen. Zuletzt war er in der Marokko-Angelegenheit tätig, und auch hier hat er offenbar keine glückliche Hand bewiesen. Als Harden in der „Zukunft" seinen Feldzug gegen Eulenburg begann, wurde allgemein angenommen, daß Herr v. Holstein diesem Angriff nicht ganz fernstehe. Sollte der Verstorbene Papiere hinterlassen haben, dann dürfte deren Veröffentlichung interessante Enthüllungen über die Politik des Reiches und über die leitenden Personen bringen.

— **Den drangsalierten Dr. Schücking,** früher Bürgermeister von Husum, jetzt Rechtsanwalt in Dortmund, stellen die Liberalen in Landsberg-Soldin als Reichstagskandidaten auf.

— **Verfolgung wegen „Geheimbündelei".** In den letzten Tagen wurden in Sosnowice zahlreiche Personen verhaftet, die angeblich einer „geheimen" politischen Vereinigung angehören.

— **Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie** „feierte" am Sonntag das Jubiläum seines fünfjährigen Bestehens. Die Reichsverbandspresse, vor allen die „Post", feiert dieses Ereignis „gebührend" und teilt u. a. mit, daß der Verband heute 700 Ortsgruppen und 402 angeschlossene Vereine mit zusammen 205 932 Mitgliedern zähle; darunter sollen 42 „Arbeiter-Vereine" mit 27 422 Mitgliedern sein.

Frankreich.

Die Bewegung der Postbeamten.

Der Kampf zwischen der Regierung und den Postbeamten scheint unabwendbar, und er kann jeden Augenblick zum Ausbruch kommen. Das Ministerium Clemenceau hat Provokation auf Provokation gehäuft, und so die Erbitterung der Postbeamten auf das höchste gesteigert. Die Regierung glaubt ja diesmal besser vorbereitet zu sein, und vor allem zählt sie auch auf die Uneinigkeit unter den Beamten selbst. Sie nimmt an, daß die älteren Angestellten diesmal nicht mit streiken werden. Die Angestellten des Haupttelegraphenamts, sowie die Telegraphenarbeiter und die Elektriker haben im Prinzip den Streik beschlossen. Die Erregung unter den Eisenbahnern ist so schon eine große. Seit Jahren fordern sie eine ausreichende Alterspension; Senat und Regierung haben ihnen wiederholt Versprechungen gegeben, aber nicht gehalten. Erklärlich darum, daß die Eisenbahner mit der Bewegung der Postbeamten um ihrer selbst willen stark sympathisieren. Der Eisenbahnerverband zählt zirka 45 000 Mitglieder. In der Provinz gärt es unter den Postbeamten ebenfalls ganz gewaltig; so hat man sich in Lyon, Marseille, Brest, Granoble, Toulouse und anderen Großstädten für den Streik ausgesprochen. Auch hier in der Provinz fährt die Regierung mit täppischer Hand dazwischen, maßregelt alle Beamten, die sich in der Bewegung irgendwie hervortun, und steigert somit die Erbitterung immer mehr. Uebrigens sind auch nach kurzer Zwischenpause die Gerichte wieder in Bewegung gesetzt, organisierte Arbeiter wegen ihrer Meinung zu verfolgen. So scheint die Regierung den Streik geradezu provozieren zu wollen. Mag sie nun wirklich glauben, besser vorbereitet zu sein, als das erste Mal, so steht doch andererseits fest, daß unter den Beamten aller Verwaltungszweige große Erbitterung herrscht, die sich jeden Augenblick in Solidaritätsstreiks auslösen kann, und ferner steht die gesamte Arbeiterschaft auf seite der unzufriedenen Beamten.

Die offizielle Kriegserklärung.

Paris, 9. Mai. Der entscheidende Schlag gegen die Beamtenbewegung ist gefallen. In der Verhandlung gegen die sieben Postbeamten hat der Disziplinarhof sich für die Entlassung der Beamten ausgesprochen. Keiner der Angeklagten war erschienen. Da der Gerichtshof es ablehnte, sich für inkompetent zu erklären, verließen zwei Postbeamte, die Beisitzer waren, den Saal des Disziplinarhofs. Minister Barthou hat sofort die Amtsenthebung aller sieben Beamten verfügt. Damit hat die Regierung den Krieg offiziell erklärt und der Ausbruch des Kampfes ist wohl kaum mehr zu vermeiden.

Organisierung des Streikbrecherdienstes.

Toulon, 9. Mai. Auf Befehl des Marineministers haben alle Schiffe des Geschwaders längs der Küste Aufstellung genommen, um evtl. einen Telegraphendienst auf drahtlosem Wege auszuführen. Sämtliche beurlaubten Mannschaften wurden zurückgerufen.

Dienstverweigerung.

Marseille, 9. Mai. Das Heizerpersonal des Dampfers „Ville de Tunis" hat das Schiff, kurz bevor es ausfahren sollte, verlassen. Es verlangte die Gewährung eines wöchentlichen Ruhetags. Die übrige Besatzung erklärte sich solidarisch, so daß das Schiff nicht abfahren konnte.

Oesterreich-Ungarn.

Polizeiattacken auf die Jugendorganisation.

Prag, 10. Mai. Die Statthalterei hatte bekanntlich vor kurzem sämtliche tschechisch-nationalsozialistische Jugendorganisationen wegen antimilitaristischer Propaganda aufgelöst, trotzdem fand gestern in einer Vorstadt eine Versammlung der Delegierten dieser Organisation aus ganz Böhmen statt. Da die Versammlung nicht behördlich angemeldet war, drang die Polizei in die Versammlung ein und hob sie auf. Fünf der Einberufer wurden verhaftet, die übrigen Teilnehmer zersprengt. Nachmittags sollten zwei Versammlungen in einem andern Vorort stattfinden. Gendarmerie drang in den Saal und vertrieb die Teilnehmer. Zwei von den Einberufern wurden verhaftet.

Türkei.

Neue Gefahren.

Wien, 9. Mai. Nach Nachrichten aus Konstantinopel herrscht dort starke Gärung in der alttürkischen und kurdischen Bevölkerung gegen die Machthaber und die Christen. Man befürchtet den Ausbruch von Unruhen am Schwertumgürtungsfeste, das Anfang nächster Woche in Gjub stattfindet. Die Regierung will 40 Bataillone mobilisieren, von denen ein Teil zur Unterdrückung der kleinasiatischen Unruhen abgesandt werden soll. Ein großer Teil soll aber zur Verstärkung der Garnison von Konstantinopel und Sicherung gegen alle Rückschläge der alttürkischen Agitation verwendet werden.

Sie wollen nichts rausrücken.

Frankfurt a. M., 9. Mai. Der Konstantinopeler Korrespondent der „Frankf. Ztg." bestätigt auf Grund erster Informationen, daß sowohl die französischen wie die englischen Geldinstitute, bei denen die Hauptdepositen des Exsultans liegen, daß sie selbst im Falle der Ueberreichung einer schriftlichen Kongedierung entschlossen seien, die Herausgabe der Depositen zu verweigern.

Persien.

Siegreiches Vordringen der Revolutionäre.

Einem Telegramm der „Petersburger Telegraphen-Agentur" aus Teheran zufolge, gewinnen die Revolutionäre von Kaswin täglich an Stärke und nähern sich Teheran. Der Telegraphendraht zwischen Kasvin und Rescht ist abgeschnitten. Die Vorposten der Revolutionäre sind schon in Tadirisch angelangt.

Entthronte Sultane.

Die Vorgänge, die sich jetzt in Konstantinopel abgespielt haben, sind nicht ohne Beispiel in der an Wechselfällen so reichen türkischen Geschichte. Schon vor Abdul Hamid hat eine Reihe von Sultanen vom Drachenthrone herabsteigen müssen, um einem Nachfolger Platz zu machen und den Rest des Lebens in irgend einem Schloß zu verbringen. Nicht immer freilich ist es äußerer Zwang gewesen wie diesmal, der solch einen Entschluß hervorrief, sondern gleich der erste der osmanischen Herrscher, der abdankte, war der edle Murad II., den bittere Erfahrungen, traurige Familienereignisse und eine Verachtung alles Pomps und Gepränges zum Verzicht auf den Thron bestimmten. In der Schlacht von Nisch (1443) war er von den Christen völlig geschlagen worden; so schloß er denn einen zehnjährigen Friedensvertrag in Europa, ordnete alle Verhältnisse in seinen asiatischen Ländern und übergab die Herrschaft seinem zweiten Sohne Prinz Muhammed.

Der plötzliche Tod seines ältesten Sohnes, des Prinzen Aladdin, war wohl die Hauptursache für diesen Entschluß. In strenger Abgeschlossenheit, aber nicht in fanatischer Askese, sondern im schönen Genuß seines Lebens verbrachte er seine letzten Jahre in seinem Palast bei Magnesia. Tragischer gestaltete sich die Abdankung Sultan Bajazets II., dessen Kalifat durch die fortwährenden Rebellionen seiner nächsten Verwandten erschüttert wurde. Nachdem er sich mit Mühe der Angriffe seines jüngeren Bruders, des abenteuerlichen und genialen Prinzen Jem, erwehrt hatte, traten seine Söhne gegen ihn auf. Der älteste, Korkud, erhob die Waffen gegen ihn und mußte nach Aegypten fliehen. Darauf ernannte Bajazet seinen zweiten Sohn, Achmed, zu seinem Nachfolger, doch der dritte Sohn, Selim, wußte die Janitscharen, die allmächtige Leibgarde der Sultane, auf seine Seite zu bringen, die ihn nach blutigen Kämpfen mit dem Vater zum Herrscher des Reiches ausriefen. Bajazet wurde 1512 gezwungen, abzudanken und nach Demotika in die Verbannung geschickt; auf dem Wege dahin ist er gestorben. Die Janitscharen haben auch sonst öfters die Geschicke des osmanischen Reiches bestimmt und unfähige Herrscher vom Throne entfernt. Nach dem allzufrühen Tode des tatkräftigen Sultans Murad IV., der durchgreifende Reformen einleitete, aber schon mit 28 Jahren starb, war 1640 der ausschweifende und grausame Ibrahim I. zur Regierung gekommen. Nach acht Jahren brach die Erbitterung über seine Taten in einer Verschwörung der Janitscharen und Ulemas durch, die ihn entthronten, ermordeten und an seine Stelle als Muhammed IV. ein siebenjähriges Kind auf den Thron erhoben. Eine tragische Ruhelosigkeit, ein düsteres Verhängnis lagen auf dem Leben dieses Knaben, der, als er heranwuchs, seine Großwesire für sich regieren ließ und sich selbst einer sinnlosen Leidenschaft zur Jagd hingab. Man erzählte sich im Volke, daß sein Vater Ibrahim, als er selbst den Todesstreich erhielt, um seinem Sohne auf dem Drachenthrone Platz zu machen, seinen Sprossen verflucht habe, er möge wie ein wildes Tier durch das Leben gehetzt werden. Und dieser Fluch ging in Erfüllung: die Dämonen seines Innern ließen dem Sultan keine Ruhe. Eine krankhafte Angst hatte er vor seinen beiden Brüdern, in denen er seine Rivalen sah und die von der Klugen Sultanin Tarkhan und seinen Ministern vor seinen Mordplänen geschützt werden mußten. Die Sultanin hatte die beiden jungen Prinzen in ihrem eigenen Schlafgemach untergebracht; aber auch hier erschien der Sultan eines Nachts mit einem Dolch in der Hand und wurde nur durch die tapfere Frau vom Morde zurückgehalten. Doch seine Ahnung hatte ihn nicht getäuscht. Nach der Niederlage seiner Armee bei Mohacs wurde er entthront, und sein Bruder Suleiman folgte ihm nach. Als 1699 durch den für die Türken höchst ungünstigen Frieden von Karlowitz die Macht des osmanischen Reiches sehr geschwächt wurde, brachen im ganzen Lande Empörungen aus, die der schwache Sultan Mustapha II. nicht zu unterdrücken vermochte. Schließlich machten die Janitscharen und Ulemas, die den Sultan allein noch gehalten hatten, mit den Aufrührern gemeinsame Sache, setzten Mustapha gefangen und zwangen ihn abzudanken, worauf er ohne jeden Widerstand den Thron seinem Bruder Achmed III. übergab (1703). Aber auch Achmed III. sollte nicht bis zu seinem Lebensende den Thron behaupten. Wohl war er in seinen Eroberungen glücklich gewesen, aber ewige Bürgerkriege hatten unter seiner Regierung das Land zerrissen, und die Janitscharen waren der langen Kämpfe müde; sie traten in offener Rebellion gegen den Sultan auf und machten seinen Neffen Mahmud I. 1730 zum Herrscher. Im Anfang des 19. Jahrhunderts beginnen dann zuerst die Kämpfe um eine Reform des Reiches die Türkei zu erschüttern und machen den Thron unsicher. Der fortschrittlich gesinnte Selim III. erregt durch seine Neubildung des Heeres nach französischem Muster die Wut der Janitscharen, die sich empören und den Sultan zwingen, auf die Durchführung seiner Neuerungen zu verzichten. Aber damit noch nicht befriedigt, verlangen sie die Abdankung Selims und bringen bis in den Harem ein. Doch als sie die Frauengemächer betreten, finden sie hier einen neuen Sultan. Selim hatte seinen Neffen Mustapha, der sich im Harem verborgen hatte, die Krone abgetreten und seinem Leben durch einen Becher vergifteten Sorbets ein Ende bereiten wollen, war aber von Mustapha daran gehindert worden. Noch am selbigen Nachmittag, den 31. Mai 1807, ritt Mustapha IV. in feierlicher Prozession zur Moschee, ward mit dem Säbel des Propheten belehnt und schwor die alten Gebräuche aufrecht zu erhalten. Die Reformideen hatten aber bereits zu tief in den Provinzen Wurzel gefaßt, der Pascha von Rustschuk, Mustapha Baktartar, erschien mit 18 000 Mann vor Konstantinopel, um Selim wieder auf den Thron zu setzen. In seiner Hilflosigkeit und Verzweiflung ließ Mustapha Selim grausam ermorden und den Leichnam über die Mauer werfen. Der Pascha erstürmte darauf den Harem, ließ Mustapha IV. absetzen und erwürgen und bot den einzigen noch übriggebliebenen osmanischen Prinzen Mahmud II. 1808 auf den Thron. Auch Abdul Asis, dem Abdul Hamid nach der Abdankung des bald in Verfolgungswahnsinn verfallenen Murad V. nachfolgte, hat wegen seiner Unfähigkeit und Verschwendungssucht auf den Thron verzichten müssen. Bald danach fand man ihn tot auf; angeblich hat er sich selbst entleibt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090511-14/fragment/page=0002

Parteinachrichten.

Die Krönung. Aus Leuthners Artikeln in den beiden letzten Heften der sogenannten „Sozialistischen Monatshefte“ werden in der — „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Sonntag, wie der „Vorwärts“ feststellt, lange Passagen abgedruckt und gegen die Sozialdemokratie verwendet.

Die Radboder Zechenherren werden übermütig. Nach einer Mitteilung der „Dortmund. Zeitung“ vom Sonnabend morgen (8. Mai) haben die Direktoren der Zeche Radbod gegen den Redakteur Genossen Nottebohm von der „Arbeiterzeitung“ **Strafantrag gestellt** wegen der wiederholten Behauptungen der „Arbeiterzeitung“, daß die Verwaltung der Zeche Radbod an der Radbodkatastrophe vom 12. November v. J. mitschuldig sei. — Da bei dem Prozeß doch sicher der Wahrheitsbeweis angetreten werden wird, dürfte die Gerichtsverhandlung den Bergarbeitern willkommen sein.

Vorsicht bei der Wahl von Angestellten! Aus Karlsruhe wird berichtet: Der Aktuar Frank, früher Arbeitersekretär in Frankfurt a. M., ist jetzt wieder in den badischen Staatsdienst getreten. Er hatte vor drei Jahren mit seinen Dienstbehörden am Amtsgericht Mannheim Differenzen, trat aus dem Staatsdienst aus und wurde sofort in Frankfurt a. M. als Arbeitersekretär gewählt. Diese Stelle verließ er nicht freiwillig, und hat sich anfangs d. J. in Konstanz am Bodensee als Rechtskonsulent niedergelassen. Der Posten bot ihm keine Existenz, und dies war jedenfalls die Ursache, daß er zu Kreuze gekrochen ist und um Wiederanstellung im Staatsdienste nachgesucht hat. Dies ist ihm jetzt gewährt worden; er wurde dem Amtsgericht Müllheim zugeteilt.

Die hämischen Bemerkungen der bürgerlichen Presse sind also völlig deplaziert. Frank ist wieder dahin gegangen, woher er gekommen ist. Er ist nie Sozialdemokrat gewesen

Soziales.

Zahl und Größe der Krankenkassen des Deutschen Reiches.

Bei den vielseitigen auf die Vereinheitlichung der Organisation der deutschen Arbeiterversicherung gerichteten Bestrebungen **ist eine Kenntnis** über die Zahl und Verteilung der **Krankenkassen** ein Bedürfnis. Das um so mehr, als der von der Regierung vorgelegte Entwurf der neuen „Reichsversicherungsordnung“ den erwähnten Forderungen nur in mangelhafter Weise entgegen kommt. Die Statistik zeigt die dringende Notwendigkeit einer weitergehenden Zentralisation des Kassenwesens.

Im Jahre 1907 waren insgesamt 23 232 auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes bestehende Krankenkassen im Deutschen Reiche vorhanden. Darunter befanden sich 8290 Gemeindekrankenversicherungen, 4757 Ortskrankenkassen, 7914 Betriebs-(Fabrik) Krankenkassen, 41 Baukrankenkassen, 761 Innungskrankenkassen, 1318 eingeschriebene und 151 landesrechtliche Hilfskassen. **Es ist natürlich, daß bei dieser unheimlichen Zersplitterung der Kassenorganisationen auf die einzelne Kasse** nur eine geringe Mitgliederzahl entfällt. Im Durchschnitt kamen auf eine Krankenkasse überhaupt 532 Mitglieder, auf eine Gemeindekrankenversicherung 195, Ortskrankenkasse 1306, Betriebskrankenkasse 404, Baukrankenkasse 505, Innungskrankenkasse 351, eingeschriebene Hilfskasse 691, landesrechtliche Hilfskasse 238.

Betrachtet man die Kassen nach Größenklassen, so ergibt sich folgendes. Es waren vorhanden

	Gemeinde-Krank.-Vers.	Orts-Kr.-K.	Betriebs-Kr.-K.	Innungs-Kr.-K.	Hilfskassen
Kassen bis 100 Mitgl.	6468	383	2697	288	532
von 101 „ 500 „	1549	2366	3961	285	853
„ 501 „ 1000 „	247	932	654	53	128
„ 1001 „ 2000 „	170	549	205	74	67
„ 2001 „ 10000 „	106	429	116	15	44
„ 10001 „ 20000 „	6	42	18	2	8
„ 20001 u. mehr Mitgl.	2	14	4	—	8

Wie weit die Zerstückelung geht, ergibt sich daraus, daß es 1566 Gemeindekrankenkassenversicherungen, 34 Betriebs-, drei Bau-, drei Innungskrankenkassen und zwei Hilfskassen gibt, **die nur bis zu 5 (fünf) Mitglieder zählen.** Insgesamt gibt es 2447 Krankenkassen, die bis zu 10 (zehn) Mitglieder haben. Von der oben angegebenen Gesamtzahl der Krankenkassen hatten rund 22 000 oder 96 Proz. nur bis zu 2000 Versicherte.

Nach dem Entwurfe der Reichsversicherungsordnung wird nur eine Kassenart grundsätzlich beseitigt bezw. einer anderen Art zugewiesen, nämlich die Baukrankenkassen. Da es sich hierbei nur um 41 Kassen überhaupt handelt, ist die Maßnahme keine sehr einschneidende. Die Gemeindekrankenversicherungen sollen zwar auch aufgehoben werden, doch tritt an ihre Stelle eine neue Kassenart: die Landkrankenkassen. Wieviel bei der Umwandlung an kleinen Gemeindekrankenversicherungen beseitigt werden, läßt sich noch nicht übersehen. Jedenfalls wird aber auch durch diese Reorganisation die Aufräumung mit den kleinen Gebilden keine allzu durchgreifende. An Ortskrankenkassen soll es künftig nur noch zwei Arten geben: „Allgemeine“ (für sämtliche, nicht in anderen Klassen desselben Bezirks versicherte Personen) und „Besondere“ (für bestimmte Berufszweige). Für letztere wird eine Mindestmitgliederzahl von 500 vorgeschrieben. Wieviel derartige seither bestehende Kassen zur Auflösung kommen müssen, weil sie diesen Anforderungen nicht entsprechen, läßt sich nicht berechnen, weil die Statistik die erwähnte Unterscheidung der Ortskrankenkasse nicht kennt. Die Betriebskrankenkassen, die bei Inkrafttreten der neuen Reichsversicherungsordnung nicht 250 Versicherte besitzen, sollen aufgelöst werden. Davon werden annähernd 5000 derartige Kassen, also der weitaus größte Teil, betroffen. Leider sollen die Innungskrankenkassen in der alten Weise, ohne die Festsetzung einer Mindestmitgliederzahl für sie, weiter bestehen bleiben. Gerade die meisten dieser Kassen sind recht zwerghafte Einrichtungen. Hilfskassen unter 1000 Mitgliedern sollen nicht mehr als Ersatzkassen zugelassen werden. Von dieser Maßregel würden rund 1500 Hilfskassen getroffen. Es blieben nur noch etwa 120 Hilfskassen im ganzen Deutschen Reiche übrig, deren Mitgliedschaft von der Zugehörigkeit zu einer Zwangskasse entbindet.

Drei Mann in einem Bett!

Bei Gelegenheit einer Verhandlung auf 23 Mk. Lohnrest vor dem Gewerbegericht in **Elberfeld** stellte sich heraus, daß der Gehilfe mit dem Prinzipal und dessen Freund in einem Bett schlafen mußte. Der Vorsitzende erkannte diese Zustände als einen genügenden Grund an, die Stellung ohne vorherige Kündigung zu verlassen. Der Prinzipal wurde zur Zahlung verurteilt. Wir empfehlen der Gewerbeinspektion und den Polizeibehörden in Elberfeld, sich mal um die Wohnungsverhältnisse der im Kost- und Logiszwange lebenden Arbeiter etwas mehr zu kümmern, und es sollte uns wundern, wenn nicht noch mehr solcher Blüten an das Tageslicht gebracht würden.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle a. S., 8. Mai 1909.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor **Schubert**; Ankläger: Staatsanwalt **Maurer**.

In einer bösen Situation befindet sich gegenwärtig ein hiesiger Metallwarenfabrikant, über dessen komplizierte Verhaftung wir kürzlich berichteten. Bei dem Manne, der wegen Hehlerei bereits häufig vorbestraft ist, wurde im Jahre 1908 aus Anlaß eines Diebstahls alter Goldmünzen, die er angekauft hatte, eine Haussuchung vorgenommen. Dabei wurde auch eine Menge von Paketen mit Löffeln, Messern, Gabeln und Scheren vorgefunden, über deren Herkunft er sich nicht genügend ausweisen konnte. Auch ein silberner Vorlegelöffel, der einer hiesigen Witwe gestohlen worden ist, wurde beschlagnahmt. Die Pakete stammen großenteils aus einem hiesigen Engrosgeschäft, das aber von der Entwendung nichts gewahr geworden ist. Die Sachen sollen im Laufe eines längeren Zeitraumes gestohlen oder unterschlagen sein. Der Fabrikant gab anfangs an, er habe die Pakete von einem ihm näher bekannten Reisenden gekauft; später behauptete er, sie teils als Geschenke, teils aus einem Nachlaß erhalten zu haben. Einige Sachen wären auch in seiner Abwesenheit und ohne sein Wissen angenommen worden. Vor Gericht beteuerte der wohlhabende Mann, so wahr „ein Gott im Himmel lebe“, sich der Hehlerei nicht schuldig gemacht zu haben. Die Strafkammer verurteilte ihn aber zu der schweren Strafe von **zwei Jahren Zuchthaus**, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ausbeuter schäbigster Sorte. Ein 32jähriger Kellner von hier, der wegen Zuhälterei schon oft und erheblich vorbestraft ist, knüpfte im Jahre 1907 mit einem jungen Mädchen, das aus guter Familie stammt und dann Prostituierte wurde, ein Liebesverhältnis an. Er verlobte sich auch förmlich mit seinem Opfer, ließ sich „Darlehen“ geben und lebte dabei einen guten Tag. Als er im Jahre 1908 auf die Korrektionsanstalt in Zeitz gebracht wurde, ließ er sich von der „Verlobten“ an die Adresse eines dortigen „Kollegen“ Geld schicken. Durch die Sendung wurde das Verhältnis verraten. Das Mädchen hat sich inzwischen mit einem anderen verheiratet, der aber nach der Behauptung des angeklagten Zuhälters gleichfalls ein „großer Zuhälter“ ist. Der Angeklagte wurde antragsgemäß zu neun Monaten Gefängnis, drei Jahren Ehrverlust und zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt.

Nach zwölf Jahren noch verfolgt wurde ein Arbeiter aus Reußen bei Delitzsch, der im Jahre 1897 „auf Nähmaschinen“ gereist war und in der Not vier Bestellscheine gefälscht hatte. Der Mann beklagte die Tat und sagte, er habe sich in den letzten zwölf Jahren tadellos geführt; auch habe er wegen der damaligen Tat schon in Untersuchungshaft gesessen. Werde er nun nochmal eingesperrt, dann büße er seine Arbeit ein. Das Gericht verhängte eine Strafe von drei Wochen, die aber durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erklärt wurde.

Aus den Nachbarkreisen.

Naumburg, 10. Mai. Am Montag hielt die **Krankenkasse für Gewerbetreibende** die Jahresversammlung ab, in welcher der Geschäftsbericht erstattet wurde. Die Kasse bilanziert mit 46 000 Mark. Zur Ausgleichung mußten dem Reservefonds 3000 Mark entnommen werden. 40 000 Mark wurden aus Mitgliederbeiträgen vereinnahmt. Verausgabt wurden: an Krankengeld 15 000 Mark, an Aerztehonorar 14 000 Mark, an Heilmittel 8000 Mark. Da die Einnahmen die Ausgaben nicht decken, wurde eine Beitragserhöhung von 3 auf 3½ Prozent beschlossen. Dem Antrag der Arbeiterkrankenkasse auf Verschmelzung wird nach längerer Debatte zugestimmt, nachdem es unseren Genossen gelungen war, die übergroße Mehrheit von der Nützlichkeit der Verschmelzung für die Allgemeinheit zu überzeugen. Dann erläuterte der stellvertretende Vorsitzende **Neumann** noch die Bestimmungen des Entwurfs zur Reichsversicherungsordnung und hob ihre vielen Nachteile hervor. Von einer Beschickung der vom 16. Mai ab in Berlin tagenden Krankenkassenkonferenz wurde abgesehen, da Naumburg durch den Vorsitzenden des hiesigen Krankenkassenverbandes vertreten sein wird.

Weißenfels, 10. Mai. Der **Konsum-Verein** für Weißenfels gibt seinen Mitgliedern davon Kenntnis, daß seit dem 1. Mai der Mittagsladenschluß von ½2–3 Uhr, wie in den übrigen Stadtverkaufsstellen, auch in der **Verkaufsstelle I**, am Kloster 3, zur Einführung gelangt ist.

Hohenmölsen, 10. Mai. **Ein neuer Wind** scheint jetzt in unserem Städtchen zu wehen. Noch vor nicht langer Zeit hatte die Reaktion die Oberhand, und dies hatte die Folge, daß unser sonst so romantisch gut gelegener Ort in sozialer Beziehung weit hinter anderen Städten zurückblieb. Gerade in sozialen Einrichtungen war unser Ort mit einem ostelbischen Dorf zu vergleichen, weil eine besondere Clique, vertreten im Stadtparlament, allen berechtigten Anforderungen und Bedürfnissen entgegentrat. Sonderinteressen standen höher als soziale Einrichtungen. So war es bei der Wasserversorgung, in der Schulfrage, kurz, in allem. In der Schulfrage ist nunmehr Besserung eingetreten, ebenso wird das in der Wasserversorgung bald der Fall sein, durch den Bau einer Wasserleitung. Ferner beschäftigt man sich jetzt mit der Frage, unserem Ort elektrisches Licht zu geben. Hierzu mag eine neugegründete Genossenschaft Veranlassung gegeben haben, die eine elektrische Ueberlandzentrale errichten will. Man hat sich aber mit der „Werschen-Weißenfelser Braunkohlenaktiengesellschaft“ in Verbindung gesetzt, und diese ist bereit, unsern Ort mit elektrischer Kraft und Licht zu versorgen. Die Stadt wird das Leitungsnetz selbst zu legen haben, sie wird die elektrische Energie vom Brikettwerk „Wählitz“ erhalten und diese an die Interessenten abgeben. Es soll bei einer Entnahme von 50 000 Kilowatt (Gesamtbedarf) ein Betrag für Licht von 40 Pf. pro Koliwatt und für Kraft von 20 Pf. pro Kilowatt erhoben werden. Das Ganze soll in städtische Regie übernommen werden. Das Unternehmen, das nur zu begrüßen wäre, ist davon abhängig, ob sich genügend Interessenten finden für eine entsprechende Abnahme von elektrischer Energie. Auch die Arbeiter haben ein lebhaftes Interesse an dieser neuen Lichtversorgung. Manchem alten, im dunklen Kohlenschacht halb erblindeten Bergmann würde es eine helle Freude bereiten, wenn auch er „mehr Licht“ erhalten könnte.

Merseburg, 10. Mai. Der nächste **Redeübungsabend** findet am Dienstag, 11. Mai, statt.

Schkeuditz, 8. Mai. **Ein in Verzweiflung Geratener.** Wegen versuchter Erpressung stand ein früherer Gerichtsvollzieher, jetziger Gastwirt von hier, vor der Halleschen Strafkammer. Der 46jährige Mann hatte sich nach Aufgabe seiner Beamtenstellung auf verschiedene Unternehmungen eingelassen, ohne damit Glück zu haben. Im März v. J. geriet er nach Verlust seiner Gastwirtschaft in so große Not, daß er aus Verzweiflung ins Ausland ging. Seine Familie ließ er in Markranstedt zurück, wo seine Frau auf Arbeit gehen mußte. Aus der Schweiz richtete der Verzweifelte einen Drohbrief an den Pflegevater seiner Frau, einen sehr wohlhabenden hiesigen Gärtnereibesitzer. Zunächst warf er dem Adressaten und namentlich dessen Frau vor, sie seien durch ihren Geiz an dem ganzen Unglück seiner Frau schuld und hätten ihre Pflegetochter schmählich belogen und betrogen; er werde das in der „Leipziger Volkszeitung“ klarlegen. Doch werde er davon absehen, wenn die Pflegeeltern bis zum nächsten Dienstag nach Empfang des Briefes 300 Mk. schicken würden. Täten sie das nicht, so wollte er blutige Rache nehmen. Namentlich die Pflegemutter möge „ihre Glieder dann nur gleich auf den Kirchhof schaffen“. Dieser Entschluß stehe bei ihm felsenfest, denn es sei der letzte Schritt eines zum Tode Verletzten. Der Angeklagte sandte den Brief aus der Schweiz an einen Freund in Leipzig und ließ ihn von diesem auf dem dortigen Postamt aufgeben, damit die Bedrohten glauben sollten, der Absender sei bereits in ihrer Nähe. Das schon bejahrte Gärtnereibesitzerpaar geriet durch das Drohschreiben in große Aufregung und übergab es der Polizei. Längere Zeit darnach wurde der Briefschreiber verhaftet. Vor Gericht führte der Mann zu seiner Entschuldigung aus, er habe damals in seiner großen Not völlig kopflos gehandelt. Gegen die Pflegeeltern habe er sich in tiefster Erbitterung befunden, da die Leute mindestens **20 000 Mark im Vermögen** hätten. Da hätten sie wohl ihre arme Pflegetochter unterstützen können. Die Strafkammer billigte mit Rücksicht auf diese Verhältnisse dem Angeklagten mildernde Umstände zu, erkannte aber auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat.

Holzweißig, 8. Mai. **Dringend einer Untersuchung** bedarf folgender Bericht, der uns zugegangen ist: Ueber den Lehrer Robert Schüler ist schon des öfteren geklagt worden, daß er seine Schüler über das erlaubte Maß züchtigt. So hat er einmal ein kleines Mädchen lang in der Schulstube hinlegen lassen, dann eine große Wandtafel darüber gelegt, und zwei Mädchen haben sich auf die Tafel setzen müssen. Vor einigen Tagen hat er aber einen Knaben so geschlagen, daß es geradezu empört. Wir lassen hier das ärztliche Zeugnis folgen: „Unterzeichneter stellt, quer über den Schädel eine zirka 8 Zentimeter lange, frische Verletzung fest. Die Blutaustritte sind frisch. Ueber der rechten Stirn befindet sich eine kleine, handtellergroße Schwellung. Quer über diese hinweg läuft der Abdruck eines Rohrstockes, der dritte Hieb hat die Nasenwurzel genau in Höhe der Augen getroffen. Die Haut des Nasenrückens ist **abgerissen,** die Nasenwurzel verschwollen. **Nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß beide Augen unversehrt geblieben sind.**

Mit Rücksicht auf die letzte Stelle kann ich mich nur dafür aussprechen, daß die Züchtigung kritiklos über das Maß hinaus gegangen ist.

gez. Dr. . . . . Arzt.“

Die Sache ist der Staatsanwaltschaft übergeben. Wie würde es dem Herrn Lehrer gefallen, wenn er einmal so grün und blau geschlagen würde? Wenn der Herr glaubt, durch Schlagen den Kindern etwas lernen zu wollen, dann ist er sehr im Irrtum.

Wittenberg, 10. Mai. **Im hiesigen Städtischen Krankenhause** herrschen Zustände, die es verdienen, unter die Lupe genommen zu werden. Heute nur einiges. So wird jeder Kranke, ob jung oder alt, einer peinlichen Befragung über seine Personalien unterzogen, u. a., ob er schon mit Zuchthaus bestraft ist (!) oder ob er ehelich geboren ist, was jedenfalls nach Auffassung des Krankenhaus-Inspektors Brauer Voraussetzung des Krankwerdens ist. In dieser Weise wurde erst kürzlich ein Knabe befragt, welcher Ostern die Schule verlassen hat. Was soll ein so junger Mensch für eine Auffassung von einem städtischen Krankenhause bekommen?

Ueber die dort bestehenden Mängel ließe sich noch mehr berichten. Nur auf eins wollen wir noch hinweisen: Wenn die Kranken ihre Notdurft verrichten wollen, müssen sie einen Gang im Erdgeschoß passieren, in welchem sich die Leichenkammer des Krankenhauses befindet. Daß dies nicht gerade förderlich auf den Gesundheitszustand mancher Kranken einwirkt, ist klar. Vielleicht wird die Krankenhaus-Kommission der Stadtverwaltung für Beseitigung dieser und andrer Uebelstände eintreten, bevor weiter die Oeffentlichkeit in Anspruch genommen werden muß.

Artern, 10. Mai. **Unglücksfall.** Am Freitag mittag, gegen 12 Uhr, verunglückte in der Magdalenenstraße beim Brotausfahren der Bäckereibesitzer T. Gloger. Die Straße ist eine der neuesten am Orte, und noch nicht gepflastert, sie ist auch etwas steil. Da nun wegen eines Neubaues, mit den davor stehenden Lastwagen, die Straße fast abgesperrt ist, wollte Gloger umdrehen, und fuhr dabei auf den Fußsteig. Das Pferd scheute, Gloger kam zu Fall, wurde ein Stück mitgeschleift und erheblich verletzt.

Burxdorf, 10. Mai. **Ein schöner gewerkschaftlicher Erfolg.** Am 5. Mai legten die gesamten Glasarbeiter — 48 an der Zahl — in der Glasfabrik von **Schier** die Arbeit nieder wegen der überaus schlechten technischen und sanitären Einrichtungen des Betriebes. Die Gewerbeinspektion war bereits angerufen worden, um für eine Verbesserung des Betriebes in sanitärer Beziehung zu sorgen. Am 5. Mai wollten dann die Arbeiter mit der Aufnahme der Arbeit beginnen, konnten dies jedoch nicht, da die Kühlöfen nicht die genügende Feuerung hatten. Der Unternehmer verweigerte die Hergabe genügender Feuerung. Da aber das Glas ohne genügende Feuerung zerspringt, wodurch die Arbeiter Lohneinbuße haben, und die von den Arbeitern dafür geforderte Lohnentschädigung von der Firma nicht bezahlt wurde, so verließen die Arbeiter den Betrieb. Die Arbeiter, die seit Jahren Mitglieder des Zentralverbandes der Glasarbeiter sind, riefen sofort den Schutz der Organisation an. Durch das Eingreifen des Hauptvorstandes gelang es, daß der Unternehmer sich bereit erklärte, den verloren gegangenen Arbeitsverdienst zu ersetzen. Damit hatten die Arbeiter durch ihre Organisation einen schönen Erfolg erreicht.

Erfurt, 10. Mai. **Einen begrüßenswerten Beschluß** faßte am Freitag voriger Woche die Stadtverordneten-Versammlung. In ihr wurde mit allen gegen eine Stimme beschlossen, gemäß einem Antrage des Magistrats die Erfurter Gasanstalten mit allen Nebenbetrieben zum Preise von 4 746 300 Mk. anzukaufen. Die Anstalten werden am 31. Dezember 1910 in den Besitz der Stadt übergehen.

Altenburg, 10. Mai. **Krieg im Frieden.** Beim Gewehrfechten wurde am Sonnabend in der Herzog-Joseph-Kaserne ein Musketier von seinem Gegner so unglücklich in die Herzgegend getroffen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

— **Waldbrand.** Im hiesigen Kammerforst wütete am Sonnabend und Sonntag ein gewaltiger Waldbrand, dem große Flächen wertvollen Baumbestandes zum Opfer gefallen sind. Zur Hilfeleistung wurde Militär in größerem Maßstabe aufgeboten.

Aus den Gemeinden.

Bornitz. **Gemeindevertreter-Sitzung** am 1. Mai. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt die Rechnungslegung vom Jahre 1908. Die Einnahmen betrugen 12 365,70 Mark, die Ausgaben 10 715,88 Mk., Kassenbestand 1649,82 Mk. Im vorigen Jahre hatte die Lustbarkeitssteuer 70 Mark eingebracht, während in diesem Jahre daraus 197,70 Mark vereinnahmt wurden. Als zweiter Punkt war ein Kostenanschlag vom Mühlenbesitzer Jakob Göbitz eingegangen, es handelte sich um die Pflasterung einer Wegstrecke an der Bornitzer Elsterbrücke. Die Kosten betragen 3462 Mark, wozu Herr Jakob die Hälfte geben will. Genosse **Glanz** hob hervor, daß der Weg in gutem Zustande ist. Er würde von Jakob mindestens zu 90 Prozent benutzt, während er von Fremden wie von der Gemeinde ganz wenig benutzt würde. Die Vertretung wurde sich nicht einig und beauftragte den Ortsvorsteher, nochmals mit Jakob Rücksprache zu nehmen und in einer späteren Sitzung darüber zu beschließen. Dann wurden noch einige unbedeutende Sachen erledigt.

Rippicha. Am 27. April tagte im Hoffmannschen Gasthofe die **Gemeindeversammlung**. Es waren 14 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Die Rechnungslegung wurde geprüft und für richtig befunden. Dann wurde bekannt gegeben, daß am 23. Juni Pferdemusterung abgehalten wird. Dann kommt die Spritzenbedienungs-Angelegenheit zur Sprache. Es wird allseitig anerkannt, daß mit dem bestehenden System gebrochen werden muß und die Mannschaft für ihre Leistung bezahlt werden soll. Also, Arbeiter, ihr seht hier, daß, wenn ihr von eurem politischen Rechte Gebrauch macht, auch euren Wünschen Rechnung getragen werden muß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090511-14/fragment/page=0003
DFG

Allerlei.

Vier Arbeiter durch Gase getötet.

Essen, 10. Mai. Auf der Zeche „Hennrichshütte“ bei Blankenstein wurden vier Arbeiter, die mit dem Montieren eines Hochofens beschäftigt waren, tot aufgefunden. Sie sind wahrscheinlich durch ausweichende Gase erstickt.

Der Eid des Wachtmeisters.

Straßburg, 9. Mai. Der Wachtmeister Möde vom Jägerregiment zu Pferde in Mülhausen, der in einem Prozeß geschworen hatte, von einem inzwischen verstorbenen Einjährigen keine Geschenke angenommen zu haben, wurde wegen Verdacht des Meineids verhaftet.

Ein Kriegsgerichtsurteil.

Düsseldorf, 9. Mai. Vor dem hiesigen Kriegsgericht hatte sich gestern der Musketier Maraun vom Infanterieregiment Nr. 159 in Mühlheim wegen eines Raubmordversuchs, den er an dem Gastwirt Rump in Essen beging, zu verantworten. Er war in der Nacht zum Ostersonntag in das Schlafzimmer des Gastwirts eingedrungen und hatte diesen durch Säbelhiebe schwer verletzt. Das Gericht verurteilte Maraun zu zehn Jahren Zuchthaus und zu Ehrverlust von gleicher Dauer, ferner zur Ausstoßung aus dem Heere.

Entgleister Schnellzug.

Heilbronn, 10. Mai. Der Eilzug Nr. 183, Nürnberg—Stuttgart, ist gestern mittag bei der Station Bahlheim, wo gegenwärtig Neubauten stattfinden, entgleist. Lokomotive und Gepäckwagen stürzten die Böschung hinab. Die Bahngleise wurden zerstört. Der Verkehr muß durch Umsteigen aufrecht erhalten werden. Personen wurden nicht verletzt, der Materialschaden ist bedeutend.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht und Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton, Vermischtes und Provinzielles Karl Bock, für Lokales und Versammlungsberichte Otto Niebuhr, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Cafetin

Coffeïnfreier Ersatz für Bohnenkaffee,
ärztlich warm empfohlen.
1/1 Pfd. (ausreichend für 200 Tassen) 50 Pfg., 1/2 Pfd. 25 Pfg.
Erhältl. i. Kolonialwaren-Handlungen. Vertr.: Hermann Pollmer, Halle a. S., Pfälzerstr. 4.

Weissenfels.
Kinematograph
am Markt
Metropol-Theater
Klosterstraße 2.
Jeden Dienstag und Freitag neues Programm.

Morgen, Dienstag,
Schlachtefest.
Karl Miebisch,
Diestauerstraße 2.

Morgen Dienstag
Schlachtefest.
Hagen, Brüderstr. 9a.

Morgen u. jeden Dienstag
Schlachtefest.
Joh. Fischer,
Gr. Gösenstr. 39.

Räumfuhren jeder Art bes. bill.
Alb. Ackermann, Mühlberg 10.

Seidenwolle, Schweisswolle,
Strickwolle
Durchweg nur allerbeste, bei meiner werten Kundschaft seit langen Jahren eingeführte und bewährte Qualitäten.
Ausserordentlich billig.
Alex Michel,
Halle a. S., Kleinschmieden, Ecke Markt.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins zu Halle a. S.

Sozialdem. Verein für Halle u. den Saalkreis.
Dienstag, den 18. Mai 09, abends 8½ Uhr, im „Volkspark“
Theater-Abend
arrangiert von der **Dramatischen Abteilung des Vereins.**
Zur Aufführung gelangt:
MORAL. Komodie in 3 Akten von Ludwig Thoma.
Programme à 20 Pfg. sind gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben bei:
A. Albrecht, Zigarrenhandlung, Lindenstrasse,
J. Sanow, Zigarrenhandlung, Geiststrasse
und am Restaurationsbufett des „**Volksparks**“.

+ **Hohe Belohnung!**
Verloren: Goldene Gliederarmband am Sonnabend nachmittag von Konditorei Dietze bis Peißnitzbrücke. Abzugeben Kirchnerstr. 21 III, links.

Apollo-Theater.
Direktion: Gustav Poller.
Gastspiel d. „Hamburger Metropol-Theaters“.
Heute, zum vorletzten Male:
Auf dem Witwen-Ball.
Schwank m. Gesang u. Tanz i. 3 Akten v. Schätzler-Perasini.
Mittwoch den 12. Mai:
Benefiz für
Hrn. Dir. Ernau-Ewald.
„Haben Sie nichts zu verzollen?“
Schwank in 3 Akten v. Hennequin. Deutsch von Schönau. Robert de Trivelin
Hr. Dir. Ernau-Ewald.
Am Sonntag den 16. Mai:
Beginn der
Sommer-Operetten-Saison!

Sozialdem. Verein Torgau.
Mittwoch den 12. Mai, abends 8 Uhr
: Mitglieder-Versammlung :
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Licht ist Macht.
Wie schütze ich mich vor zu starkem Familienzuwachs?
Die Verhütung der Konzeption auf gesunde Art.
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volks-Buchhandlung
Harz 42/43.

Räumungs-Ausverkauf
wegen Abbruch des Grundstückes.
Auf sämtliche Preise 10 Prozent Ermässigung, ausserdem 5 Prozent in Rabattmarken.
A. Trautwein, Gr. Ulrichstr. 31. Mitgl. d. Rab.-Sp.-Ver.

Landgemeinde-Ordnung.
Ergänzt u. erläutert durch amtl. Material.
Preis 1 Mark.
Landgemeinde-Ordnung.
Preis 30 Pf.
Die vollständ. Gesinde-Ordnung
oder die
Bestimmungen der preuß. Gesetze über die
Rechte der Herrschaft u. Pflicht des Gesindes.
— Preis 15 Pfg. —
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Halle a. S.

Geschäfts-Eröffnung.
Eröffne am Dienstag den 11. Mai
Glauchaerstraße 2 ein **Viktualien-Geschäft** verbunden mit Hausschlachten. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, dem geehrten Publikum nur das Beste zu liefern.
Hochachtend **F. Gruhn.**
Dienstag: Grosses Schlachtefest.

Die **Wieder-Eröffnung** meines neurenovierten Lokales **Brunoswarte 24**, zeige ich meinen werten Gästen und Gönnern hierdurch an.
Für ff. Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Es bitten um gütigen Zuspruch
Hochachtungsvoll **H. Brekerbaum u. Frau**, verw. Audleff.

Globus Putzextrakt
putzt besser als andere
Metall-Putzmittel

Kinderwagen
nur beste Fabrikate,
von **10**85 an.

Sportwagen
von **2**75 an.
Leopold **Nussbaum**, Grosse Ulrichstr. 50/51.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 8. Mai.

Aufgeboten: Steindruck. Tänzer und Berta Franke (Kleine Schloßgasse 2 u. Grafeweg 17). Seminarlehrer Herms u. Elisabeth Kubisch (Mühlhausen i. Th. u. Schloppe). Lagerhalter Felger und Emma Hauck (Rietleben).

Eheschließungen: Maler Lehmann u. Klara Tänzer (Schwetschkestraße 38 und Brunoswarte 28). Postschaffner Ulbrich und Ida Köbberitz (Pfännerhöhe 30 und Rudolf Haymstraße 3). Schlosser Lindner und Gertrud Simon (Raffineriestraße 43b und Ladenbergstraße 8). Techniker Lehmann und Luise Körner (Streiberstr. 37 und Böllbergerweg 23). Schriftsetzer Kalze und Elsa Breitschuh (Dessau und Bernhardystraße 57). Dipl.-Ingenieur Häder u. Elfriede Spiegel (Eilenburg und Magdeburgerstraße 59). Schlosser Metze und Frida Kresse (Torstraße 58 und Dieskauerstraße 2). Kaufm. Rudolph und Gertrud Heckert (Krausenstraße 16 und Gr. Ulrichstraße 21). Sattler Döring und Berta Barth (Delitzsch u. Streiberstraße 19). Kürschner Kranz und Therese Büchner (Weißenfels).

Geboren: Kaufm. Henneberg Sohn (Königstraße 47). Kernmacher Meier S. (Unterberg 10). Ingenieur Bondran S. (Prinzenstraße 15). Arbeiter De Spirt T. (Bernhardystraße 49). Arbeiter Sprachmann S. (Thüringerstr. 22). Buchbinder Weber Tocht. (Steinweg 52). Dipl.-Ingenieur Wettich Tocht. (Rannischestr. 2). Schlosser Reinhardt T. (Turmstraße 155). Feuerwehrmann Reinhardt Tocht. (Krausenstraße 18). Zimmermann Klingner S. (Ludwigstraße 8).

Gestorben: Schmieds Seiler aus Staßfurt Ehefrau Johanne geb. Kahse, 44 J. (Klinik). Witwe Emilie Krampf geb. Weddy, 76 J. (Augustastraße 20). Bergarbeiters Schöbel aus Gutenberg T., 5 J. (Klinik). Postschaffners Kanitz S., 10 Monate (Reideburgerstraße 9).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a), 8. Mai.

Aufgeboten: Arbeiter Meier und Friederike Leumann (Magdeburg und Halle).

Eheschließungen: Schriftsetzer Berger und Helene Hain (Lessingstraße 4 und Sophienstr. 6/7). Amtssekretär Kellermann und Martha Banse (Harz 16). Tischler Neubauer und Martha Schunde (Große Brunnenstraße 21 und Lettinerstr. 3). Dreher Pfennigdorff u. Paula Grunert (Zwingerstraße 18 und Albrechtstraße 24). Schuhmacher Langholz und Marie Schwarz (Oechlitz und Plan 1). Bote Czernik und Auguste Oberländer (Mühlweg 25 und Ludwig Wuchererstr. 73a). Amtsgerichtssekretär Schröder u. Ida Müller (Meppen und Kröllwitzerstr. 3b). Bezirksfeldwebel Ludwig u. Alma Thies (Göbenstr. 9 u. Hannover).

Geboren: Maurer Pille T. (Viktoriaplatz 4). Gußputzer Kitzing S. (Große Brunnenstraße 71). Bäckermeister Moschcau Sohn (Ludwig Wuchererstraße 17).

Gestorben: Nachtwächter Beetsch, 76 J. (Siebenauerstraße 11).

An- und Verkäufe

Zeitz.
Möbel, Spiegel, Polsterwaren
Umzugshalber billigste Preise.
Max Pfeiffer,
Neumarkt 2. Alter Markt 13.

Kinderwagen, Kastenform, in allen Farb. Gummiräd. u. Porzellangriff von Mk. 36.— an, kauft man nur bei
M. Bär, Gr. Ulrichstr. 54.
Verlangen Sie Gratis-Katalog.

Kalk.
Weiß-, Grau-, Zement- und Düngekalk täglich zum Verkauf.
M. Stoye, Hohenthurm.

Ackerhöfe und Güter,
namentlich die sich z. Parzellieren eignen, kauft gegen bar und zahlt für Vermittelung hohe Provision
R. Piering, Neuhaldensleben.

Parteilokal
in gr. Industriestadt Anhalts, mit gr. Saal, sehr rentables Geschäft, preiswert zu verkaufen.
J. Heim, Dessau, Langegasse.

Arbeitsmarkt

Wer Stellung sucht verlange die „Deutsche Vakanzenpost“ Esslingen 156.

Hausarbeiterinnen
für leichte Arbeiten sofort ges.
Läsig & Ko., Königstr. 70.

Verschiedenes

Dölbheida — Beesewitz.
Hierdurch zur Kenntnis, daß ich mich in Dölbheida als Uhrmacher niedergelassen habe.
Ich empfehle mich der Arbeiterschaft des Ländchens für alle ins Fach schlagenden Arbeiten und Reparaturen. Ich sichere prompte, gute u. billige Ausführung zu und bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Dölbheida, im April 1909.
Karl Stein.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe uns. letzten kleinen Lieblings, sagen wir auf diesem Wege allen unseren Freunden u. Bekannten innigen Dank für die aufrichtige Teilnahme bei dem uns so schwer betroff. Schicksalsschlag, innerh. 3 Wochen uns. drei Lieblinge zu verlieren.
Dank Herrn Pastor Tischer für die ergreifenden u. herzl. Worte an den Gräbern. Dank Herrn Dr. Hartung für seine rastlose, unermüdl. Bemühung, uns. Kinder am Leben zu erh. Auch Dank meinen l. Koll. der Firma Weise & Monski, für ihr opferwilliges Eingreifen in diesen schweren Stunden.
Die tieftrauernden Eltern.
K. Wenige u. Frau ... geb. ...

Reise-Körbe
solides Fabrikat, zu unerreicht billigen Preisen.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.
Rabatt-Spar-Verein.

Rucksäcke
aus den besten ausprobierten Stoffen zu enorm billigen Preisen.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.
Rabatt-Spar-Verein.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Zigner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (G. m. b. H.) — Verleger: verw. Aug. Stoh jetzt H. Dähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090511-14/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 108 — Halle a. S., Dienstag den 11. Mai 1909 — 20. Jahrg.

Konferenz der Gewerkschaftskartelle

der Provinz Sachsen und Anhalt in Weißenfels am 9. und 10. Mai 1909.

G. Die diesjährige Konferenz wurde gegen ¾11 Uhr im Volkshause zu Weißenfels durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Vorortskartells, Genossen Ede-Magdeburg, mit kurzen Begrüßungsworten eröffnet. Für die Tagung sind mit Rücksicht auf die reichhaltige Tagesordnung zwei Tage vorgesehen.

Nach Konstituierung des Bureaus nahm der Bezirkssekretär, Genosse Undeutsch, das Wort zur Berichterstattung über seine Tätigkeit im vergangenen Jahre. Redner erinnert daran, daß dem Beschlusse der vorjährigen Konferenz, eine Referentenliste herauszugeben, Rechnung getragen worden sei. Dieselbe müsse jedoch demnächst erneuert werden. Bezüglich des Boykotts müsse auch heute noch die nötige Vorsicht walten, denn trotz des vorjährigen Beschlusses würden mitunter immer noch Fehler begangen. Bei dieser Gelegenheit wird auch an den Eislebener Boykott betreffs des dortigen Versammlungslokals erinnert. In dieser Stadt sucht bekanntlich die Mansfelder Gewerkschaft den nötigen Druck auf die Wirte auszuüben. Die dort ausgebrochenen Differenzen mit dem Lokalinhaber resp. der Brauerei sind jedoch wieder beigelegt, ebenso ist auch eine in Tangermünde ausgebrochene Differenz bald beigelegt worden. Was nun die Agitation anbetrifft, so müßten wir uns in dieser Beziehung nach den vorhandenen Mitteln richten. Bedauerlicherweise hat die in Hamburg anläßlich des Gewerkschaftskongresses stattgefundene Konferenz der Gewerkschaftsvorstände es abgelehnt, dem Bezirkssekretariat Mittel zur Verfügung zu stellen, wie man dort ja auch unsere Einrichtung für überflüssig erklärt hat. Dabei hat aber das Bezirkssekretariat viele Arbeiten für die Gewerkschaften mit zu erledigen und die Versagung der Mittel hat zur Folge gehabt, das gerade in der Altmark die Agitation nicht, wie gewünscht, noch intensiver betrieben werden konnte. Auch für die noch rückständigen Bezirke komme die Gewährung des Rechtsschutzes, die persönliche Vertretung vor Gericht usw. in Frage. Im vorigen Jahre waren Staßfurt und Sangerhausen dem Bezirkssekretariat noch nicht angeschlossen. Dieser Anschluß ist inzwischen erfolgt und steht heute nur noch Erfurt abseits. Neugegründet haben sich die Kartelle Gardelegen, Mühlberg und Oschersleben, die ihren Anschluß ebenfalls vollzogen haben. Die bis jetzt angeschlossenen Gewerkschaften zählen za. 80 000 Mitglieder. Rechtsauskünfte wurden za. 1500 erledigt, wobei das Magdeburger Sekretariat mehrfach unterstützend mit eingegriffen habe. Der schriftliche Verkehr betrug in Ein- und Ausgang 2400 und in den ersten vier Monaten dieses Jahres schon za. 900. In Burg hat man inzwischen ein Arbeitersekretariat errichtet, in Halberstadt und Wittenberg will man dieser Frage auch näher treten. An solche Gründungen soll man aber nur dann herantreten, wenn die finanzielle Grundlage gesichert ist. Betreffs Anfertigung von Jahresberichten haben sich mehrere kleinere Kartelle an Redner gewandt und ist diesen Wünschen entsprochen worden. Eine Statistik über die Hausindustrie hat noch nicht in Angriff genommen werden können, und zwar wegen Mangel an Zeit. Was nun den Kassenbestand anbetrifft, so hat sich derselbe in diesem Jahre etwas günstiger gestaltet und können somit zum nächsten Herbst za. 400 Mark für die Agitation verwendet werden. An Agitationsstoff wird es nicht fehlen. Es kommen da in Betracht die Wahlen zu den Krankenkassen, Gewerbegerichten, die Ausschußwahlen zur Landesversicherungsanstalt, ebenso bietet die neue Reichsversicherungsordnung genügend Stoff. Ueberall haben die Kartelle für die Wahl tüchtiger Arbeitervertreter die nötige Agitation zu entfalten. Im vergangenen Jahre sind die Kartelle auch vielfach an die Kommunen wegen Inangriffnahme von Notstandsarbeiten usw. zur Linderung der Arbeitslosigkeit herangetreten, Arbeitslosenzählungen usw. haben stattgefunden, ja in Wernigerode habe die Stadt sogar den Gewerkschaften Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung übermittelt und in einem kleinen Orte bei Magdeburg, Selbke, habe man sogar für Notstandsarbeiten 4 Mk. pro Tag bezahlt. Was die Grenzstreitigkeiten anbetrifft, so müsse man sich trotz mehrfacher Beschlüsse der Zentralvorstände und des Gewerkschaftskongresses mitunter noch damit beschäftigen. Bedauerlich sei es nun, wenn, wie in Schönebeck, wo die Differenzen zwischen den Fabrik- und Metallarbeitern abends geschlichtet, andern Tags dann der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes schreibe, die gefaßten Beschlüsse wären nur unverbindlich gewesen. Der Frage der Jugenderziehung ist überall die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und den Jugend- wie auch den Bildungsausschüssen sind die erforderlichen Mittel möglichst zu bewilligen. Für nächsten Herbst hat sich der Gen. Sternzu 25 Versammlungen zur Verfügung gestellt; Kartelle, welche auf eine solche Versammlung reflektieren, müssen sich bald an das Bezirkssekretariat wenden. Das Honorar inkl. Spesen usw. stellt sich pro Versammlung auf 25 Mark. Die gegnerischen Gewerkschaften haben sich in letzter Zeit nicht mehr sodiel bemerkbar gemacht. Erfreulicherweise habe man dem christlichen Sekretär in der Altmark, und zwar in Stendal, in aller Form gesagt, daß man von seiner Agitation usw. nichts wissen wolle. Die gelben Organisationen kommen eigentlich nur in Langensalza und Magdeburg in Betracht. Dafür aber ist der Reichsverband desto eifriger tätig. Was nun die Beschickung der Konferenz anbetrifft, so ist es bedauerlich, daß Orte wie Gardelegen und Osterwiek der Kosten halber von einer Delegation absehen mußten. Zu wünschen sei es, daß alle angeschlossenen Kartelle vertreten wären. Zum Schluß macht Redner noch darauf aufmerksam, daß das Zusammenarbeiten mit der sozialdemokratischen Partei überall ein sehr gutes sei, nur in einem Orte hätte sich einmal eine kleine Differenz gezeigt, die aber bald beigelegt worden. Zur diesjährigen Konferenz sind auch die Gauleiter der einzelnen Gewerkschaften, soweit sie im Bezirke ihren Sitz haben, eingeladen und sind dieselben erfreulicherweise fast alle erschienen. Hoffentlich tägt dies für die Zukunft zu einem noch besseren Zusammenarbeiten bei und wenn dann die Arbeiter stets dafür eintreten, überall den richtigen Mann am richtigen Platz zu stellen, namentlich aber den Kartellvorsitzenden nicht mit zu viel Aemter zu versehen, dann können wir getrost in die Zukunft sehen.

Im Anschluß hieran erstattet der Kassierer, Genosse Königstedt, den Kassenbericht. Derselbe schließt für die Zeit vom 1. April 1908 bis 1. Oktober 1908 in Einnahme mit 1899,55 Mk., in Ausgabe mit 2099,20 Mk. ab, somit Defizit 199,65 Mk. Dieses Defizit ist inzwischen gedeckt und haben wir am 1. April 1909 einen Ueberschuß von 382,36 Mk. zu verzeichnen. Redner regt noch an, den Schluß des Rechnungsjahres mit dem 31. Dezember eintreten zu lassen. Alsdann müßten für dieses Jahr noch die Beiträge für die Monate Oktober, November, Dezember mit abgeliefert werden. Was die vorliegenden Anträge anbetrifft, so ist der Antrag Osterwiek, der die Konferenzkosten der Bezirkskasse auferlegen will, als undurchführbar zu bezeichnen, ebenso ist der Antrag Salzwedel abzulehnen, denn was notwendig ist, wird heute schon für die Agitation ausgegeben, wenigstens soweit die Mittel reichen. Was die Revision der Kasse anbetrifft, so ist dieselbe in Magdeburg erfolgt.

Alsdann wurde in die Diskussion eingetreten. Als erster Redner legte Gen. Paulik-Dessau, Redakteur des „Anhalter Volksblattes", Verwahrung dagegen ein, daß im dortigen Parteiorgan die gewerkschaftlichen Angelegenheiten nicht genügend berücksichtigt würden. Veranlassung hierzu gab ihm eine im gedruckten Bericht befindliche Stelle, wonach eine vom Bezirkssekretariat bearbeitete Statistik des Kosswiger Kartells keine Aufnahme gefunden habe. Redner betont, daß die Statistik zu umfangreich gewesen und das Wichtigste davon doch veröffentlicht worden sei. Den Gen. Peus treffe hierbei keine Schuld, sondern diese Statistik gehöre in sein Ressort. Auf alle Fälle würden den gewerkschaftlichen Fragen aber auch im „Anh. Volksbl." die nötige Beachtung geschenkt. Müller-Koswig bestätigt, daß dem Gen. Peus keine Schuld treffe, jedoch hätte sich über die Sache eine Verständigung herbeiführen lassen müssen, was jedoch seitens der Redaktion verabsäumt worden sei. An der weiteren Debatte beteiligen sich die Genossen Löhr-Salzwedel, Mache-Mühlhausen, Illgen-Bitterfeld, Fischer-Bitterfeld, Heilmann-Stendal, Gülldenberg-Halle, Findler-Schkeuditz, Harke-Aschersleben, Ehnert-Dessau, Röder-Halberstadt, Riepekohl-Magdeburg, Redakteur der dortigen „Volksstimme", der einen Vorwurf des Vorredners zurückweist, wonach in Magdeburg Kartellberichte entweder nicht wie gewünscht aufgenommen oder sonst Berichte nicht genügend honoriert würden. Nach einem kurzen Schlußwort des Gen. Undeutsch, worin er betont, in seinem Bericht das Dessauer „Volksblatt" nicht habe beleidigen zu wollen, dabei bemerkend, daß ihm auch aus anderen Orten diesbezügliche Beschwerden zugegangen, hofft er nach der ausgiebigen Debatte, daß sich die Kartelle nunmehr noch mehr wie bisher der rückständigen Orte zur Gewinnung neuer Mitglieder annehmen werden.

Hiernach wurde dem Kassierer Decharge erteilt und damit die Vormittagssitzung geschlossen.

In der Nachmittagssitzung wurde zunächst die Landarbeiterfrage behandelt. Das einleitende Referat hielt Gen. Undeutsch. Redner ging dabei zunächst auf die betreffs Gründung des Verbands in Berlin stattgefundene Konferenz der Generalkommission mit dem Parteivorstand ein, an welcher er mit dem Beims auch teilgenommen habe. Dort sei der Statutenentwurf beraten, die Beiträge, sowie Leistungen festgesetzt worden. Um die Landarbeiter zu organisieren, würden umfangreiche Vorarbeiten notwendig sein, aber auch das Bezirkssekretariat würde für die Rechtsschutzerteilung usw. sehr in Betracht kommen. Da sei es nun wieder bedauerlich, daß die Generalkommission dem Bezirkssekretariat z. B. die Mittel zur Anschaffung einer Schreibmaschine abgelehnt habe. Daran soll jedoch unsere tätige Mithilfe nicht scheitern und müssen die Kartelle umgehend versuchen, für die umliegenden Landorte Genossen zu gewinnen, die bei der Agitation unterstützend mit eingreifen könnten. Das erforderliche Material wird die Generalkommission demnächst liefern. Dabei müßten den nicht leistungsfähigen Kartellen seitens der Generalkommission die notwendigsten Ausgaben jedoch erstattet werden. Für die Schweizer ist eine eigene Sektion vorgesehen. Um überall die nötige Agitation zu entfalten, ist auch hier ein Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften erwünscht.

In der Diskussion sprach sich der Gen. Hille, Gauleiter des Land- und Waldarbeiterverbands, im gleichen Sinne aus, dabei betonend, daß selbstverständlich den Kartellen die notwendigsten Ausgaben ersetzt würden. Im Mai wird das erste Flugblatt zur Massenverbreitung herausgegeben und am 1. Juni tritt der neue Verband offiziell ins Leben. Redner glaubt nicht, daß die Generalkommission bei der Ablehnung der Mittel für die Schreibmaschine davon ausgegangen sei, das Bezirkssekretariat für überflüssig zu betrachten; im Gegenteil, der neue Verband im allgemeinen und er im besonderen würden wohl vielfach auf die Unterstützung des Sekretariats, namentlich bei der Rechtsschutzerteilung, angewiesen sein. Wenn dann noch Partei und Gewerkschaften der neuen Organisation die nötige Unterstützung angedeihen lassen, so werden wir auch auf dem Lande hahnbrechend vorgehen können. Von den Genossen Fischer, Mössinger und Beims-Magdeburg wurde die Gründung des neuen Verbands begrüßt und allseitige Unterstützung zugesagt. Im Schlußwort sprach der Genosse Undeutsch noch den Wunsch aus, daß die Arbeiterradfahrer uns auch bei dieser Arbeit unterstützen möchten.

Alsdann wurde noch die Frage der Jugendorganisation behandelt. Der Referent hierzu, Gen. Sell-Bernburg, ging zunächst auf die Vorgeschichte bezüglich der Jugenderziehung usw. ein, erinnerte an die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses und Parteitags und betrachtete es als die Pflicht der Kartelle, in Gemeinschaft mit der Partei, sich der Jugend mehr wie bisher anzunehmen. In dieser Beziehung müßte überall die Schaffung von Jugendheimen ins Auge gefaßt werden. In freundlichen Versammlungsräumen ist für die nötige Unterhaltung zu sorgen, z. B. durch Gesellschaftsspiele usw. Gute Literatur muß vorhanden und die Schundliteratur ferngehalten werden. Die körperliche Ausbildung ist zu pflegen, Ausflüge sind zu arrangieren, Besichtigung von Museen usw., und festliche Veranstaltungen sollen nur unter Beteiligung der Eltern stattfinden. Endlich haben wir uns des Lehrlingsschutzes anzunehmen und im übrigen der Jugend nicht mit allzuviel Theorie zu kommen, sondern wir müssen uns mehr dem Streben und Geist der Jugend anzupassen suchen. Die Verbreitung der Arbeiterjugend haben wir uns angelegen

---

85] **Berthold Meryan.** [Nachdr. verb.

Roman von Cornelie Huygens.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

„Nun gut, ich will Dir den Gefallen tun, einen Augenblick anzunehmen, daß das Streben dieser Leute nicht selbstsüchtig sei. Gleichwohl muß jeder praktische Mensch das sozialistische Streben, welches mit dem Wesen der menschlichen Natur durchaus im Widerspruch steht, doch für eine utopische Schwärmerei halten."

„Weil Du vielleicht an die landläufigen sozialistischen Karikaturen, an eine Herde von vollständig gleichgeformten Wesen denkst, die alle gleichviel geistige und materielle Nahrung erhalten und alle auf dieselbe Weise abgerichtet sind . . . an eine Art „Idealstaat" oder „Zukunftsstaat", wie der gewöhnliche Ausdruck lautet?"

„Nein, ich denke vielmehr an das Unheil, welches mit dem Sozialismus bereits in unserer Zeit angerichtet wird. Das Volk, den millionenköpfigen, unzurechnungsfähigen Demos blindlings aufzuhetzen, ist die denkbar verruchteste Freveltat. Wenn die Führer des Sozialismus also keine Missetäter sind, kann ich sie nur, wenn Dir dies etwa lieber ist, für Geisteskranke halten."

„Sie hetzen nicht auf, sondern machen bloß die armen, wehrlosen Opfer des heutigen Gesellschaftssystems auf die diesem System anhaftenden Fehler aufmerksam und bringen sie zur Erkenntnis, daß nicht Personen, nicht mit Absicht grausame Individuen, sondern die Zustände es sind, welche sie zu Hunger und Elend und zu einem schlimmeren Dasein wie das Vieh verurteilen. Und sie suchen ihnen auch vor allem einzuprägen, daß ohne große Kraftanspannung, ohne geistige Entwicklung und moralische Erhebung ihrerseits eine dauernde Veränderung in dieser Hinsicht nicht möglich sein wird, weil die Gesellschaft nur dann gesund sein kann, wenn alle ihre Teile gesund sind. Das „Jeder für sich", was die Basis unseres liberalen Systems bildet, ist der sicherste Beweis, daß die besitzenden Klassen auf ihre Vorrechte nicht freiwillig verzichten werden. Der vierte und fünfte Stand müssen sich durch eigene Kraft befreien, ebenso wie auch die Frau, die seit Jahrhunderten durch ihre Unwissenheit unterdrückt wird, sich durch ihre eigene Kraft emporarbeiten muß."

Meryan machte eine Gebärde, als wenn er plötzlich eine Gänsehaut bekäme.

„Muß die abgedroschene Frauenfrage jetzt auch noch hervorgeholt werden? Das fehlte bloß noch!"

„Wie kann man die Gesellschaftsverhältnisse aber nur studieren, wenn die größere Hälfte ausgeschlossen bleiben soll?" erwiderte Berthold.

„Das wissen wir alles!" sagte sein Vater achselzuckend. „Aber wir wollen uns für den Augenblick lieber auf den vierten und fünften Stand beschränken, da wir einstweilen daran gerade genug haben. Euer Zukunftsprogramm möchte ich wirklich einmal genau kennen . . . Wenn Demos also stark genug ist, dann gibt's eine Revolution, die Demos ans Ruder bringt. Dann wird durch ministeriellen Beschluß das Privateigentum abgeschafft und das Kapital und der Grundbesitz verteilt. So soll's doch gemacht werden, nicht wahr?"

Berthold blickte seinen Vater einen Moment forschend an und fragte sich, ob er wohl im Ernst also redete, oder ob er bloß mit der Absicht, ihn zu reizen, eine solche absolute Unwissenheit vorschützte. Da er diese Frage nicht entscheiden konnte, und weil er es nicht für ausgeschlossen hielt, daß sein Vater durch den Widerwillen gegen den Sozialismus über seine wissenschaftlichen Grundlagen gänzlich unwissend geblieben sei, gab er ihm nun eine ausführliche historische Auseinandersetzung desselben. Er erklärte eingehend die Vernichtung des Handwerks durch die Maschinen und später durch die Großindustrie, die infolge der wachsenden Lohnsklaverei Kapital und Arbeit von einander trenne, ferner die unheilvollen Wirkungen der Konkurrenz, der Ueberproduktion, der industriellen Krisen, der Arbeitslosigkeit und des Mangels an Kaufkraft bei der großen Masse. Er besprach die Ringe, Kartelle und Syndikate, die mehr und mehr den Weltmarkt beherrschen und die endlich das alte liberale System in die denkbar ärgste Tyrannei, in die uneingeschränkteste Machtvollkommenheit von einzelnen Geldfürsten verwandeln. Dieses würde in der nächsten Zukunft zur Ausdehnung des Genossenschaftswesens in allen Formen und endlich zur Expropriation und zur Nationalisierung von stets wichtigeren Zweigen der Produktion führen — eine Erscheinung, die sich bereits überall bemerkbar mache, und die die Produktion schließlich von selbst in die Hände der Nation, also in Kollektivbesitz überführen werde. Im Falle die Reaktion keine heftigen Explosionen veranlaßte, würde demnach die ökonomische Umwälzung im Laufe der Zeit in allen Ländern friedlich vor sich gehen können. Deshalb arbeite man auch nicht nach einem Zukunftsprogramm, sondern suche man die überall sich offenbarenden evolutionären Kräfte möglichst zu unterstützen.

Als er mit seinen Ausführungen zu Ende war, fragte Meryan, der ihm aufmerksam zugehört hatte:

„Woraus hast Du all' diese ökonomische Weisheit geschöpft?"

„Ich habe in der letzten Zeit natürlich viel gelesen."

„Gelesen, natürlich! Büchergelehrsamkeit, eitle Theorien auf dem Papier! Ich aber als Mann der Praxis weiß, daß der Mensch, um etwas zustande zu bringen, vor allem einen starken Antrieb braucht. Seine Selbstsucht muß fortwährend gereizt werden. Wenn man ihm seinen Besitz, seine Habsucht und seinen Gelddurst fortnähme, würden die wichtigsten Triebfedern für ihn wegfallen."

„Und welchen Beweggründen, wenn der Mensch, wie Du behauptest, bloß der Habsucht und dem Gelddurst gehorcht — welchen Beweggründen entsprechen denn die Taten des Muts und der Selbstaufopferung, welche die ganze Geschichte hindurch sich in den Hospitälern, bei gefährlichen Epidemien und auf den Schlachtfeldern betätigten und der Menschheit zum Ruhme gereichen?"

„Dabei waren die Erregung der Vaterlandsliebe oder der Zelotismus von Gläubigen oder Schwärmern im Spiele. Das ist etwas ganz anderes, als wenn es gilt, dem gewöhnlichen, mittelmäßigen, nüchternen Menschen die stetige Arbeitslust zu erhalten."

„Aber wo bleibt denn der Antrieb des von Dir erwähnten Gelddurstes bei der übergroßen Menschenmasse, bei den Millionen männlichen und weiblichen Lohnsklaven, die ohne jede Hoffnung auf Verbesserung ihres Loses jahraus jahrein einfach Werkzeuge sind und als solche betrachtet und behandelt werden, und die keine andere Aussicht haben, als wie ein Hund auf einem Misthaufen zu verenden, sobald ihnen die Kräfte entschwunden sind? Denkst Du denn immer nur ausschließlich an diesen vierten Teil der Bevorzugten? Sind die übrigen denn nicht auch Menschen? Und glaubst Du nicht, daß gerade das Fehlen des Ehrgeizes, jeder Anregung, jedes menschlichen Strebens und jeder Möglichkeit einer Verbesserung ihrer Lage die Masse zum Alkoholismus, zu Misstaten, zu Prostitution und zur Vertierung führt . . . und zwar alles im Namen des Individualitätsprinzips?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090511-14/fragment/page=0005

sein zu lassen und schließlich kein Mittel unversucht zu lassen, um auch die Jugend zu gewinnen.

An der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich die Genossen Hellmuth-Aschersleben, Güldenberg-Halle, Mössinger-Magdeburg, Röder-Halberstadt, Fischer-Magdeburg, Mache-Mühlhausen, Hoffmann-Magdeburg, Gerhardt-Zeitz, Beims-Magdeburg, Quilitzsch-Eilenburg. Sämtliche Redner begrüßten die Bestrebungen der Jugenderziehung, wobei einzelne auch zur Vorsicht bei Arrangierung von Versammlungen mahnten. Auf alle Fälle dürfe man sich in solchen Versammlungen nicht mit Politik befassen, wie ja die Jugendlichen auch aus öffentlichen politischen Versammlungen fernzuhalten seien. In seinem Schlußwort betonte der Referent, daß nach der ausführlichen Diskussion die Kartelle auch nach dieser Richtung die nötige Agitation entfalten möchten.

Zum Schluß wurde dann noch folgender, nachträglich zur Landarbeiterfrage eingegangener Antrag des Gen. Mössinger angenommen:

„Die Gewerkschaften verpflichten sich, die neu gegründete Landarbeiterorganisation nach besten Kräften zu unterstützen. Zu diesem Zwecke soll in nächster Zeit eine gemeinsame Sitzung des örtlichen Kartell- und Parteivorstands stattfinden, die sich mit fogenden Fragen zu beschäftigen hat:

1. Welche Orte des Agitationsbezirks sind zunächst zu berücksichtigen?

2. Welche Genossen sollen zur dauernden Agitationsarbeit in diesen Orten verwendet werden?

Es ist darauf zu achten, daß möglichst jeder Ort in der Agitation berücksichtigt wird. Sind in Landorten organisierte Arbeiter vorhanden, so sind aus diesen geeignete Kräfte zur ständigen Agitation für die Landarbeiter zu gewinnen, wo dieses nicht der Fall ist, sind vom Kartellort geeignete Genossen zur regelmäßigen Bearbeitung bestimmter Orte heranzuziehen. Mit der Gauleitung des Landarbeiterverbandes ist ständige Verbindung zu unterhalten."

Beschickt war die Konferenz von 39 geschlossenen Kartellen von 35 mit 48 Delegierten, die 76 389 Mitglieder vertraten. Vier Orte, und zar Gardelegen, Oschersleben, Osterwieck, Roßlau waren nicht vertreten. Als Gäste waren erschienen: Paulik, Redakteur des Anhalter Volksblattes, Riepekohl, Redakteur der Magdeburger Volksstimme, die Gauleiter Langhorst und Weikart (Bergarbeiter), Hille (Landarbeiter), Unger (Brauereiarbeiter), Strunk (Gemeindearbeiter), Mache (Bäcker), Schramm (Hafenarbeiter), Voß (Metallarbeiter), ferner Genosse Hidebrand-Naumburg und der Genosse Wendlandt als Vertreter des Verbandes der Krankenkassen im Bezirke Sachsen-Anhalt.

Schluß der Sonntagssitzung 6¼ Uhr abends.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 10. Mai 1909.

Achtung, Töpfer!

Die Sperre bei der Firma Brandt dauert fort. Alle Verhandlungen auf Zurücknahme der Maßregelung scheiterten. Der Herr Brandt ist nun emsig bemüht, von auswärts Streikbrecher heranzulotsen, allerdings bisher mit negativem Erfolge, trotz persönlicher Bemühung. Immerhin wollen die auswärtigen Kollegen ein besonderes Augenmerk auf die Versuche des Meisters richten. Hier am Orte hat der mutige Herr mehr Glück gehabt. Zu dem stehengebliebenen „Kollegen" Franke haben sich die beiden Kleinmeister Springstein und Schneckenberg, dieser nebst Sohn, eingefunden, um ihren Berufsgenossen aus der Klemme zu ziehen. Wir gratulieren Herrn Brandt herzlichst zu diesen Errungenschaften und seinen Konkurrenten zu der Kundschaft, die bisher Herrn Brandt zugetan war. Hoffentlich merken sich die Freunde der Arbeitersache die Namen der rauhreißenden Mittelständler ein wenig genauer. Arbeiter und sonstige kleine Leute haben ja auch mitunter etwas an den Oefen und Herden zu tun.

Zur ganz besonderen Hebung des Handwerks beschäftigt Herr Brandt als Ofensetzer auch den Sohn des bei den organisierten Maurern beliebten Landgraf-Passendorf. Hoffentlich hält Landgraf jun. als der Töpferei ziemlich entfernt verwandter Berufsgenosse einen Ofen nicht für einen Vogelbauer. — Nach Lage der Sache sahen die organisierten Töpfer der weiteren Entwicklung der Angelegenheit mit Ruhe und Humor entgegen und ersuchen nur die auswärtigen Kollegen, Solidarität zu üben.

Monatsbericht des Arbeitersekretariats.

Das Arbeitersekretariat Halle a. S. hatte im Monat April 1145 Besucher zu verzeichnen. Davon sprachen 16 in ein und derselben Sache wiederholt vor. Auskünfte wurden insgesamt 1191 erteilt, davon schriftlich 44. Außerdem wurden 756 Schriftsätze angefertigt. Davon entfielen auf die Arbeiterversicherung 19, Arbeits- und Dienstvertrag 16, Bürgerliches Recht 14, Strafrecht 9, Staats- und Gemeindeangelegenheiten 648 (davon allein 645 Steuerreklamationen), sonstige Sachen 6. Die 1191 erteilten Auskünfte erstrecken sich auf: Arbeiterversicherung: Unfallversicherung 66, Krankenversicherung 33, Invalidenversicherung 28. Arbeits- und Dienstvertrag: Kündigung 13, Lohnforderung 25, Lehrlingswesen 9, Gesindeverhältnisse 29, Zeugnisse und Legitimationspapiere 10, Sonstiges 3. Bürgerliches Recht: Forderungen 17, Kauf 11, Abzahlung 4, Ehe- und Verlöbnissachen 27, Unterhaltspflicht 28, Vormundschaftssachen 9, Erbschaftssachen 24, Mietrecht 39, Schadenersatz und Haftpflicht 18, Konkurs, Pfändung 4, Zivilprozeßwesen 3, Sonstiges 3. Strafrecht: Uebertretungen 3, Beleidigungen 15, sonstige Strafsachen 10, Strafprozeßwesen 15. Gemeinde- und Staatsangelegenheiten: Steuersachen 695, Staatsangehörigkeit, Bürgerrecht 4, Geburt, Trauung, Beerdigung 1, Armenangelegenheiten 6, Fürsorgeerziehung 4, Schul- und Kirchensachen 4, Militärsachen 7. Arbeiterbewegung: 3. Privatversicherung: 7. Handels- und Gewerbesachen: 2. Diverses: 12.

Nach Stand oder Beruf geordnet verteilen sich die Parteien wie folgt: Arbeiter 1059, Witwen 22, Ehefrauen 20, selbständige Gewerbetreibende 21, Dienstboten 13 (männliche 4, weibliche 9), Lehrlinge 5, Arbeiterinnen, Verkäuferinnen je 2, Artist, Ingenieur je 1.

Von den Besuchern waren organisiert 1015, die sich auf die einzelnen Verbände folgendermaßen verteilen: Bäcker u. Konditoren 4, Bauarbeiter 33, Bergarbeiter 40, Böttcher 1, Brauereiarbeiter 14, Buchbinder 2, Buchdrucker 27, Buchdruckereihilfsarbeiter 1, Dachdecker 3, Fabrikarbeiter 140, Fleischer 1, Gastwirtsgehilfen 2, Gärtner 1, Gemeindearbeiter 7, Glaser 7, Holzarbeiter 68, Kupferschmiede 18, Kürschner 1, Lagerhalter 1, Lithographen und Steindrucker 6, Maler 21, Maschinisten und Heizer 11, Maurer 94, Metallarbeiter 379, Müller 6, Sattler 1, Schmiede 30, Schneider 4, Schuhmacher 7, Steinarbeiter 2, Steinsetzer 9, Stukkateure 6, Tabakarbeiter 2, Transportarbeiter 42, Tapezierer 7, Textilarbeiter 1, Töpfer 1, Zimmerer 15.

Ihren Wohnsitz hatten in Halle nebst eingemeindeten Vororten 923, Ammendorf 14, Asendorf, Ardern, Auma je 1, Beesen 12, Wölberg 7, Büschdorf 3, Bruckdorf 2, Bitterfeld, Brehna, Berlin, Burg, Bibra, Bennstedt je 1, Canena 5, Corbetha, Crumpa je 1, Dölau 14, Diemitz 5, Döllnitz, Dornitz je 2, Döbern, Dachritz je 1, Ennewitz, Elsterwerda, Eisleben, Ermsleben je 1, Gutenberg 8, Gräfenhainichen 2, Gimritz, Gröbers, Gr. Grimma je 1, Hohenmölsen 5, Höhnstedt 2, Holzweißig 1, Jecha, Inwenden je 1, Klein-Wittenberg, Kreischau, Keyschberg, Klepzig, Kämmeritz je 1, Lettin 9, Lieskau 2, Lebendorf, Löbejün, Langensalza, Laucha, Leisling je 1, Merseburg 10, Mötzlich 4, Mucheln, Mühlberg je 2, Meuscha, Möckerling, Morl je 1, Nietleben 15, Naumburg, Nebra je 1, Osendorf 8, Oppin 2, Peißen 8, Potsdam, Passendorf je 1, Radewell 6, Rosenfeld, Radefeld, Rattmannsdorf je 1, Seeben 5, Schönnewitz, Schkeuditz, Sennewitz, Schraplau, Schiepzig, Schlettau je 1, Teuchern, Teutschenthal je 3, Torgau 2, Tollwitz 1, Unterröblingen 2, Unterwiederstedt, Unterwerschen je 1, Wittenberg 3, Weißenfels, Westewitz je 2, Wörmlitz, Worms, Wetzmar, Wallhausen je 1, Zwintschöna 2, Zeitz, Zscherben, Zeckritz je 1.

Organisierte sind gehalten, bei jedem Besuch das Verbandsbuch vorzuzeigen.

Die Bauarbeiterschutzkommission

hat am 3., 4. und 5. Mai eine Kontrolle der Sommerbauten und Gerüste vorgenommen, die für die Hochbauten von vier Delegierten ausgeführt wurde. Die Kontrollkommission hatte die Pflicht, in erster Linie darauf zu achten, daß die gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen über Arbeiterfürsorge auf Bauten von den Unternehmern innegehalten werden. Die Kontrolle erstreckte sich auf Halle und die Vororte. Kontrolliert wurden 89 Hochbauten, 13 Umbauten und Reparaturen, 17 Ausschachtungen, 5 Abbrüche und 52 Leitergerüste. Die Hochbauten verteilen sich auf 8 im Keller und 18 im Erdgeschoß befindliche, 9 auf die erste Etage, 5 auf die zweite Etage, 6 auf die dritte Etage, 12 auf das Dachgeschoß gebrachte, 9 im Rohbau fertige, 21 im Putz und 6 zum Verputzen.

a) Rüstungsbau. Beim Rüstungsbau werden die polizeilichen Bestimmungen bis auf wenige Ausnahmen inne gehalten. Die Abdeckungen und Stacken der Balkenlagen wurden überall in Ordnung befunden. Schutz- oder Fanggerüste waren überall vorhanden. Die provisorischen Handgeländer fehlten auf 2 Bauten, und zwar bei Günther, Seydlitzstraße, und Albrecht u. Troitsch, Händelstraße. Bei Schuhmann, Wittekindstraße, waren die Leitern, welche die Etagen untereinander verbinden, recht lose hingestellt.

b) Baubuden. Auf 97 Arbeitsstätten waren Baubuden vorhanden, welche im allgemeinen den Bestimmungen entsprachen; alle waren verschließbar und mit Fenster versehen. Gegen Wind könnten viele Bretterbuden etwas besser geschützt werden. Von 97 Baubuden sind 72 Bretterbuden, 14 waren im Keller, 8 im Parterre, 1 in der ersten Etage und 7 in alten Gebäuden eingerichtet. Tische und Bänke waren überall vorhanden. 27 Bauten hatten ihre Baubude mit anderen gemeinschaftlich. Als mangelhaft müssen bezeichnet werden die Baubuden bei Reiche, Wolfstraße; Karl, Martinstraße; Fußboden fehlte bei Meise, Burgstraße; Boskugel u. Ritter, Reilstraße.

c) Aborte. Auf 124 Arbeitsstellen wurden 99 Aborte vorgefunden. Es hatten 50 Bauten das Grubensystem, 29 Bauten das Tonnensystem, 20 Bauten besaßen Aborte in fertig gestellten Grundstücken, in 25 Bauten benutzte man sie mit andern gemeinschaftlich. Mangelhaft war der Abort bei Reiche, Wolfstraße.

d) Unfallverhütungsvorschriften. Die Unfallverhütungsvorschriften fehlten auf den beiden Abbrüchen Zuckersiederei und Molkerei, Hospitalplatz. Ebenda fehlte das Verbandszeug; mangelhaft ist es auf den meisten Baustellen. Es müßte mehr Sorgfalt darauf gelegt werden, daß das Verbandszeug in einem staubdichten Kasten untergebracht wird und nicht, wie bei vielen, lose in Papier, Pappschachteln oder Zigarrenkisten. Die besten Kästen wurden bei Kröller, Reilstraße, und bei Hahnemann gefunden. Wir können den Unternehmern nur empfehlen, sich diese Kästen anzusehen und gleiche anzuschaffen. Der Materialientransport erfolgte im allgemeinen auf Leitern oder Laufbrücken. Die Leitern, welche zur Verbindung der einzelnen Geschosse dienen, waren aus festem Holz und nur bei Schuhmann, Wittekindstraße, oben nicht angebunden. Aufzüge wurden bei Schwarz u. Schönemann, Merseburgerstraße, gefunden.

e) Leitergerüste. Es waren 52 Leitergerüste in Benutzung. Immer wieder muß geklagt werden, daß sehr häufig zu schmale Bohlen verwendet werden. Die polizeilich vorgeschriebene Breite beträgt 28 Zentimeter, die Polizei scheint aber selbst kein Augenmerk dafür zu haben. Fast bei der Hälfte der stehenden Gerüste findet man zu schmale Bohlen vor. Nur einige seien hier angeführt: Bernburgerstraße, untere Wuchererstraße, Blumenthalstraße 28, Luckengasse 1, Marthastraße 2 auf dem Dache. Am Mühlweg 43 waren sogar welche unter 15 Zentimeter. Ulestraße 16 war ein gebrochenes Schwert vorhanden. Unsere Behörde scheint aber gerade im Anfang Mai sehr anderweitig beschäftigt gewesen zu sein.

f) Allgemeines. Den Zutritt zur Baustelle wurde der Kommission rundweg verboten vom Maurermeister und Stadtverordneten Reichardt (selbstverständlich!), Kröllwitzer Papierfabrik. Der Mann war gerade mit seinem Automobil da. Denselben Herrenstandpunkt vertraten Herr Schulze, Triftstraße, und Herr Schöne, Albrechtstraße, der vorschlug, wir sollten die Polizei mitbringen. Nun, vielleicht sieht die Polizei selbst mal bei Herrn Schöne nach dem Rechten, denn wir sahen auf den ersten Blick, daß an den Gerüsten im Hofe keine Brustwehren vorhanden waren. Im übrigen sind die Kommissionsmitglieder aber überall gut aufgenommen worden.

Der Bericht von der Tiefbaukontrolle erscheint in morgiger Nummer.

Rache ist süß,

dachte Herr Schmidt, der Korbmachermeister, bei dem bekanntlich im Februar vier Korbmachergehilfen die Arbeit niederlegten, weil sie die Geschoßkorb-Drillinge nicht für 1.80 Mk. anfertigen wollten. Seit dieser Zeit muß Herr Schmidt seine Geschoßkörbe in der ganzen Umgebung ausbieten wie saures Bier. Dieser „unwürdige Zustand" empörte den Herrn, der sich gern als arbeiterfreundlich bezeichnet, aufs tiefste. Er sann auf Rache.

Erst wollte nichts gelingen. Ein Anschlag, dem Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes, Genossen Schnabel, für den gehabten Schaden verantwortlich zu machen, schlug fehl. Da erschien der rettende „Engel" in Gestalt einer Frau Rothe, die einmal von einem der bei Schmidt beschäftigt gewesenen Korbmacher einen Ausklopfer geschenkt bekommen hatte. Das Rohr zu besagtem Klopfer war — entsetzlich — aus dem Eigentum des Herrn Schmidt genommen und kostete, gut gerechnet, 20 Pfennig. Flugs rannte Herr Schmidt zum Staatsanwalt, der um des „Wertobjektes" willen Klage erheben mußte. Infolgedessen mußte sich der „Missetäter" wegen Unterschlagung verantworten und der arbeiterfreundliche Meister erlebte den Triumph, daß der Verbrecher zu drei Mark Geldstrafe verurteilt wurde. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Denunziation einem Racheakt gleichkam. Herr Schmidt kann nun wieder ruhig schlafen. Gleichzeitig sei hier noch erwähnt, daß sich zu dem einen Nausreißer Korbmacher Gustav Schröder, im Nebenamt auch Lohnkellner im „Trothaer Schlößchen", noch ein zweiter gefunden hat. Es ist dies der Korbmacher Emil Schumann, wohnhaft in Nietleben, früher in Güsten i. A. Als der letztgenannte Herr nach Halle kam, nahm er den Mund gewaltig voll und konnte keinen Sperrebrecher riechen. Heute scheut er sich nicht, seinen Kollegen in den Rücken zu fallen. Das Gebahren dieses Auchkollegen sei hierdurch etwas tiefer gehängt.

Aus der besten der Welten.

Ein Bild grenzenlosen Jammers und Elends entrollte eine am Sonnabend vor der Strafkammer stattgehabte Verhandlung gegen die 36jährige polnische Arbeiterin P. von hier, die wegen Kinderaussetzung angeklagt war. Das bedauernswerte Menschenkind war im März ds. J. in der hiesigen Klinik von Zwillingen entbunden worden. Nachdem die Frau aus der Klinik entlassen war, wanderte sie ohne einen Pfennig Geld in der Tasche mit ihren Zwillingen auf den Armen nach Höhnstedt, um — Arbeit zu suchen. Sie hatte dort früher auf einem Gute gearbeitet und glaubte daselbst aufs neue Unterkommen zu finden. Jeder nur einigermaßen denkende Mensch wird begreifen, daß es für die Frau mit den neugeborenen Zwillingen in den Armen, fast ausgeschlossen erschien, unter den gegebenen Verhältnissen Arbeit zu finden. Um so unbegreiflicher erscheint es uns, daß man das arme Weib in Halle mit den Kindern von dannen ziehen lassen konnte! Wanderte sie damit nicht dem Verbrechen entgegen? Am Bahnhof Teutschenthal setzte sie in Verzweiflung ihre Zwillinge unter einer Brücke aus. Das mag roh und herzlos erscheinen. Sie beteuerte aber vor Gericht, in ihrer Not nicht gewußt zu haben, was sie mit den Kindern anfangen und wovon sie die Aermsten ernähren sollte. Keineswegs habe sie die Kinder ausgesetzt, damit sie sterben sollten; sie habe gehofft mitleidige Leute würden die Kinder dort finden und sich ihrer annehmen. — Die Proletarierkinder wurden als Leichen aufgefunden, und die Frau, die von der heutigen Gesellschaft zur pflichtvergessenen und mit Fluch beladenen Mutter gestempelt ist, mußte vor Gericht erscheinen. Die Angeklagte, die einen sehr abgehärmten Eindruck machte und auch etwas beschränkt zu sein scheint, war verheiratet. Der Staatsanwalt beantragte gegen sie neun Monate Gefängnis. Das Gericht berücksichtigte die Notlage der Frau, mußte aber auf mindestens sechs Monate Gefängnis, das gesetzlich niedrigst zulässige Strafmaß für Kindesaussetzung, erkennen. — Bedarf es hierzu noch eines Kommentars?

* **Sozialdemokratischer Verein.** Die Distriktsführer von Halle und gleichfalls aus den umliegenden Ortschaften werden ersucht, sich am Dienstag, 11. Mai, abends 8½ Uhr im „Volkspark" einzufinden. Sollte ein Distriktsführer verhindert sein, so ist ein Stellvertreter zu entsenden, da jeder Distrikt unbedingt vertreten sein muß. Die Vorstandsmitglieder wollen sich bereits ½8 Uhr im Sekretariat einfinden. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag, 13. Mai, Distriktsversammlungen stattfinden. Das Distriktslokal des 7. Distrikts befindet sich jetzt Liebenauerstraße 157. Der Vorstand.

* **Einsetzen von Jungfischen in die Saale.** In voriger Woche sind 50 000 junge Lachse und 10 000 Aale in den Fluß gesetzt worden. Die Lachse werden aus der Weser oder dem Rhein gewonnen, da in der Elbe laichreife Lachse nicht erbeutet werden. Sie sind als Eier bezogen und im Bruthause des landwirtschaftlichen Instituts erbrütet worden. Die Eier haben einen Wert von za. 2 Mk. pro Tausend, während sie später als Brut za. 8 Mk. pro Tausend kosten. Die Lachse werden nach internationalen Verträgen ausgesetzt, so in der Elbe z. B. jährlich 1 Million Stück auf Kosten des Reichsamtes des Innern.

Die Aalbrut kommt aus dem Bristol-Kanal in England und wird vom Fischereidirektor in Hamburg an die einzelnen Interessenten abgegeben. Die Art des Versandes ist eigenartig. Die kleinen, etwa streichholzgroßen Aale werden in großen Holzkisten mit Luftlöchern, auf in Zwischenräumen übereinander geschichteten Gazelappen, immer ca. 5000 Stück in einer Abteilung, verschickt. Eine Lage mit Eisstücken zuoberst sorgt für die nötige kühle Temperatur und Feuchtigkeit. Die Sendung für Halle enthielt 20 000 Jungaale. Ein Verlust an abgestorbenen Tieren war fast gar nicht zu beklagen. Die Aale wurden zur Hälfte von der Fischerinnung in die Saale, zur Hälfte vom Anglerverein in die ebenfalls mit der Saale in Verbindung stehenden Passendorfer Teiche eingesetzt.

* **Vergeßt die Hausbeleuchtung nicht.** Im Publikum herrscht die irrige Annahme, daß die Pflicht zur Beleuchtung der Treppen und Flure in der Zeit vom 1. April bis 30. September ruhe. Das ist unrichtig, die Beleuchtung ist vielmehr auch im Sommer bis um 9 Uhr abends fortzusetzen, insofern nicht vor dieser Tageszeit die Gebäude abgeschlossen werden oder die Lichtverhältnisse in den Korridoren und Treppen eine Beleuchtung überflüssig machen.

Uebertretungen der diesbezüglichen Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. oder entsprechender Haft bestraft.

* **Während der Pfingstzeit,** also vom 23. bis einschließlich 30. Mai ist die Versendung mehrerer Pakete mit einer Postpaketadresse weder im inneren deutschen Verkehr noch im Verkehr mit dem Ausland — ausgenommen Argentinien — gestattet. Nach Argentinien können auch in dieser Zeit mehrere, jedoch höchstens drei Pakete, mit einer Postpaketadresse versandt werden.

* **Konzessionierter Betrug.** Das neue Dreimarkstück hat ganze 1.07 Mk. Silberwert nach gegenwärtigem Kursstande. Es sind nämlich nur 15 Gr. von den za. 32 des neuen Talers feines Silber, alles übrige ist Legierung. Die Herabminderung des Wertes war wohl nur der Zweck des Einziehens der alten Taler.

* **Arbeiterrückfahrkarten** werden nach einer Verordnung des Eisenbahnministers von jetzt ab nur noch für Entfernungen von unter 50 Kilometer ausgegeben. Früher konnten ausnahmsweise solche Karten für Strecken über 50 Kilometer ausgegeben werden. Das fällt jetzt weg.

* **Die Betriebseinnahmen der Straßenbahnen** in Halle betrugen im April bei der Halleschen Straßenbahn 42 684 Mk. gegen 39 776,95 Mk. im April 1908. In der Zeit vom 1. Januar bis Ende April 1909 betrugen die Einnahmen 153 884,70 Mk. gegen 147 305,55 Mk. im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Mithin mehr 1909: 6579,15 Mk. — Bei der Stadtbahn Halle betrugen die Einnahmen: April 1909: 73 083,49 Mk., April 1908: 67 997,28 Mk. 1. Januar bis 30. März 1909: 259 018,07 Mk., 1. Januar bis 30. April 1908: 237 933,10 Mk. In 1909 also bisher mehr 21 084,97 Mk.

* **Sommer-Sonntagsruhe.** Die hiesigen Möbelfabriken und Verkaufsmagazine schließen während der Sommermonate ihre Geschäftslokale Sonntags von ½10 Uhr an. Der schon im Vorjahr getane halbe Schritt könnte leicht zu einem ganzen ausgestaltet werden. Warum bis ½10 Uhr öffnen? Und warum im Winter? Wenn keiner öffnet, ist eine Konkurrenz doch nicht zu befürchten.

* **Den neuen Regierungspräsidenten** von Merseburg wollen die hiesigen bürgerlichen Blätter, voran die in der Nachttopfschnüffelei bei „hohen Herrschaften" wohlbewanderte „Saale-Zeitung" bereits ausbaldowert haben. Es soll der Geheime Regierungsrat im Zivilkabinett des Kaisers von Eisenhart-Rothe sein. Trotz brünstigen Bettelns ist den bürgerlichen Organen von „maßgebender Stelle" darüber noch nichts mitgeteilt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090511-14/fragment/page=0006

* **Gefährliches Insekt.** Der Apfelblütenstecher, der sehr großen Schaden an den Obstbäumen anzurichten vermag, tritt in diesem Jahre in auffallend großer Zahl auf. Es sei deshalb allen Obstbaumbesitzern der gute Rat gegeben, ihre Obstbäume darauf hin zu untersuchen und sie tüchtig abzuklopfen, wenn es nötig sein sollte. Zu diesem Zwecke breitet man ein großes Tuch unter den Baum und schlägt mit einem starken Pfahle, welcher mit Sackleinewand umwickelt ist, an die Aeste. Die Käfer, welche sich sehr leicht fangen lassen, werden dann tot gedrückt.

* **Im Apollo-Theater** gelangt der tolle Schwank „Auf dem Witwenball" nur noch heute und morgen zur Aufführung. Am Mittwoch, den 12. Mai geht als Benefiz für Herrn Dir. Ernau-Ewald der hier bestens bekannte Schwank „Haben Sie nichts zu verzollen" in Szene. In diesem Stück wird Herr Direktor Ernau-Ewald die Rolle des Robert de Trivelin übernehmen. — Am Sonntag, den 16. Mai beginnt die Sommer-Operetten-Saison. Alles Nähere hierüber wird durch Sonderberichte in Tageszeitungen noch bekannt gegeben.

* **In der Heide** ist in letzter Zeit mehrfach grober Unfug verübt worden. Halbwüchsige Burschen und unnützige Jungen schleppen die zersägten und aufgestapelten Kiefernstämme von den Stapeln und in der Heide umher und werfen sie vielfach sogar quer über die Fußwege, so daß in der Dunkelheit die Fußgänger darüber hinwegfallen müssen. Solchen Burschen wäre eine fühlbare Lektion recht dienlich.

* **Die selbständigen Dienstmänner** verwahren sich dagegen, mit denen, die ihre gelbe Mützen wieder haben wollen, verwechselt zu werden. Die „Farben tragenden" bilden eine Genossenschaft. Die selbständigen Dienstmänner sind mit dem Inhalt der Polizeiverordnung vom März d. J. einverstanden, sie wollen ihre grünen Bänder nicht wieder antun. Nun wird wohl allen Teilen recht geschehen sein.

Stadt-Theater.

„Die Räuber".

Schauspiel von Schiller.

Die Aufführung seines unverwüstlichen, dramatischen Erstlingswerkes war dem Gedächtnis an Schillers Todestag (9. Mai 1805) gewidmet. Gleichzeitig verabschiedete sich Ernst Gode als Karl Moor von der Stätte einer dreijährigen fruchtbaren Wirksamkeit, um einem Rufe an das Berliner Schauspielhaus zu folgen. Wie ungern man auch diesen Künstler scheiden sieht, das bewies nicht zuletzt der nicht endenwollende Beifall wie die übrigen reichen Ehrungen, mit denen er am Schlusse überhäuft wurde. Sein Moor war aber auch eine anerkennenswerte Leistung. Vor allem fand ihn der gewaltige Auftritt am Hungerturm ganz auf der Höhe seiner Kunst; hier verstand er die Darstellung zu unmittelbar packender Wirkung zu gestalten. Gleich gut vertreten war die Rolle des niederträchtigen Schurken Franz durch Walter Sieg. Wie er sich seine Schandtaten vor seinem Gewissen zurechtlegt, bis er von den Furien der Hölle verfolgt, in der Verzweiflung zum Selbstmord getrieben wird, alles das kam in dem fein durchdachten Spiel Sieg's zu scharfem Ausdruck. Den alten, schwachen, zärtlichen Vater Moors, der in kindlicher Einfalt sich von dem Halunken Franz übertölpeln läßt, gab Ernst Pündter recht lebenstreu. Der um seine Liebe betrogene, stürmische Jüngling Kosinsky hatte in Ernst Alves einen geeigneten Vertreter gefunden. Den treuen, ehrlichen, braven Schweitzer verlieh Alb. Friedrich die sympathischen Züge, während der feige, verräterische Schuft Spiegelberg bei K. Stahlberg gut aufgehoben war. Der mißlungenen, schemenhaften Gestalt der Amalie gab Sus. Kornow Leben. In die übrigen, noch erwähnenswerten Rollen verteilten sich die Herren Nebel (Hermann), Schrader (Roller) und Lentz (Pater).

Gewerkschaftliches.

Massenproduktion schwarzer Listen.

Eine ganze Serie von schwarzen Listen des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller können wir wieder veröffentlichen. In einigen Listen wird nur Mitteilung von bestehenden Streiks gemacht, so vom Schreinerstreik in Westfalen. Auch vom Bauhandwerkerstreik in Koswig in Anhalt wird berichtet.

Für die betreffenden Streikenden ist es jedenfalls von Interesse, zu wissen, daß die Arbeitgeber befürchten, bei der beginnenden Bausaison würden auswärtige Arbeitgeber die Streikenden engagieren.

Liste Nr. 49 enthält die Namen, Geburtstage und Wohnorte von 16 Formern, die auf der Lünerhütte Ferd. Schultz u. Ko., Lünen a. Lippe gekündigt haben, angeblich weil seitens der Firma einem Former wegen ungebührlichen Benehmens gekündigt war.

Die Liste Nr. 50 enthält die Mitteilung, daß bei der Maschinenfabrik Buckau, A.-G. zu Magdeburg in Magdeburg-Buckau die Gußputzer sich den streikenden Formern angeschlossen haben und die Kernmacher wegen des Streiks zum Aussetzen genötigt sind.

Daß die 18 Gußputzer durch Angabe ihrer Personalien in Verruf gebracht werden, nimmt uns bei der Praxis des Metallindustriellen-Verbandes nicht wunder. Die 12 Kernmacher, die nach eigener Angabe des Metallindustriellen-Verbandes zum Aussetzen genötigt sind, durch Veröffentlichung ihrer Personalien an ihrem weiteren Fortkommen zu hindern, ist wohl der Gipfel der Verrufspolitik.

Weil die 14 Former der Abteilung Sudenburg vorstehend genannter Firma die Anfertigung von Streikarbeit für das Hauptwerk ablehnten und deshalb am 23. April die Arbeit niederlegten, werden sie unter genauer Angabe ihrer Personalien in Liste Nr. 51 in Verruf erklärt.

Die Liste Nr. 52 enthält die Personalien von sechs Arbeitern, die in der Norddeutschen Chemischen Fabrik in Harburg die Arbeit niederlegten.

Elf Arbeiter der Firma F. W. Billing, G. m. b. H., in Hagen-Delstern weigerten sich, Streikarbeit zu machen. Entlassung und Verrufserklärung in Liste Nr. 55 war die Folge.

Die Firma Tittel u. Ko., Glasfabrik, Geierstal bei Wallendorf (S.-M.) hat dem gesamten Arbeiterpersonal wegen „Ausschreitungen" zwischen den organisierten und nichtorganisierten Arbeitern ihres Betriebes zum 8. Mai ds J. gekündigt. Worin diese „Ausschreitungen" bestehen, ist das Geheimnis der Firma.

Streikbrecher als Revolverhelden.

Aus Anlaß eines Streiks in Mühlheim schoß der Arbeitswillige Kretzschmar, der von einer Herberge in Frankfurt a. M. geholt war, in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ohne jede Veranlassung mehrere Male auf einen Streikposten, traf aber einen Unbeteiligten und verletzte ihn schwer am Oberschenkel und Arm. Der Revolverheld wurde verhaftet, die Waffe beschlagnahmt. Beim Verhör gestand er ein, daß er nicht die geringste Veranlassung zum Schießen gehabt habe.

Zwei Streikende desselben Werkes waren wegen Belästigung Arbeitswilliger am Freitag, den 7. Mai, vor Gericht geführt, sie wurden aber freigesprochen, weil ihre Schuldlosigkeit feststand.

Erfolgreicher Streik.

Die Schneidemühlenarbeiter aus Landsberg a. W. haben nach dreitägigem Streik eine Erhöhung der Stundenlöhne von 30 auf 33 Pfennig bezw. von 25 auf 35 Pfg. erreicht; die Akkordpositionen der Schneidemüller, Stapler und Borker, wurden ebenfalls in entsprechender Höhe verbessert. Nachdem die Streikenden die Arbeit wieder geschlossen aufgenommen, verließen die fünf abgeblitzten Streikbrecher schleunigst die Arbeitsstätte.

Boykottiert.

Im Ausstand der Mainzer Brauer und Fuhrleute beschlossen sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften mit Majorität den Boykott gegen die Mainzer Aktienbrauereien.

In den Streik getreten

sind sämtliche organisierten Schuhmachergehilfen Düsseldorfs wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung.

Ein Terrorismusschwindel.

Im Anschluß an die Gewerbegerichtswahlen in Heidelberg, bei denen die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine eine Niederlage erlitten, hat der christliche Gewerkschaftssekretär Rack in der gegnerischen Presse einen längeren Artikel veröffentlicht, in dem eine Reihe von schweren Anschuldigungen gegen die freien Gewerkschaften und gegen das Wahlkomitee enthalten waren. U. a. hieß es in dem Artikel: „Alles, was als „rot" bekannt war, durfte anstandslos wählen, auch ohne Ausweis. Dagegen wurden nicht „waschechte" oder christliche Wähler streng behandelt und geprüft. Es kamen mehr wie zehn Fälle vor, wo Wählende von sozialdemokratischen Vertrauensleuten unterzeichnete Ausweise erhielten und diese direkt vor dem Wahllokale erst ausfüllten. Weiter wählten Arbeiter, die nicht das gesetzlich vorgeschriebene Alter hatten. Vor der Tür zum Wahllokale, das zeitweise bis zum Erdrücken mit Personen angefüllt war, nahmen sozialdemokratische Stimmzettelverteiler vielen die christlich-nationalen Stimmzettel wieder ab und steckten ihnen den „Genossenzettel" zu. Die Wahlbeeinflussung und Verstöße gegen die Wahlvorschriften wurden von den Genossen überhaupt im Großen betrieben bezw. begangen . . . Die halbe Wahlkommission bestand aus „Genossen", ein Christlichnationaler befand sich nicht darunter; als Kontrolleure standen links und rechts von den fünf aufgestellten Urnen — in einem Lokal — der sozialdemokratische Kartellvorsitzende und drei, zeitweise sechs, andere führende Genossen." — Die bürgerliche Presse tat sehr entrüstet über solchen Terrorismus, und es wird nicht lange dauern, so wird dieser neueste Schwindel fleißig weiterkolportiert werden. Der Schwindel ist aber so plump angelegt, daß der Heidelberger Bürgermeister gegen ihn sich erklärte. Er bekundete in der Presse, daß die Angaben des christlichen Sekretärs von A bis Z unwahr sind; der Bürgermeister stellt fest, daß die Mehrheit des Wahlkomitees aus bürgerlichen Elementen bestand. Als unwahr wird die Behauptung bezeichnet, daß die Kontrolleure des Gewerkschaftskartells um die Wahlurne Aufstellung genommen hätten, ebenso, daß die Wahlzettel und Legitimationen durch die Hände der „Genossen" gehen mußten. Völlig unbewiesen seien die Anschuldigungen über Verstöße gegen das Wahlgesetz. Auf diese Erklärung gaben die Christlichen nicht einen Ton von sich. Dagegen soll ein Hirsch-Dunckerscher Generalsekretär den Versuch gemacht haben, einen Stimmzettel abzugeben, obgleich er nicht wahlberechtigt war.

Ob das aus Dummheit geschah oder in der Absicht, einen Wahlanfechtungsgrund zu bekommen, ist nicht untersucht worden.

Lohnbewegung der Bäcker in Wiesbaden.

Am 20. Mai läuft der zwischen den Gehilfenorganisationen und der Innung abgeschlossene Tarifvertrag ab. Die Arbeitgeber versuchen alles daran zu setzen, um den alten Vertrag auf drei Jahre ohne jede Verbesserung weiter laufen zu lassen.

Die Gehilfenschaft lehnte mit großer Mehrheit diese an sie gestellte Zumutung ab. Die Innung hat den Organisationsvertretern in einer Sitzung erklärt, daß sie mit dem Tarifverhältnis zufrieden war und bereit ist, einen neuen Vertrag abzuschließen. Mit drei Brotfabriken wurde am 3. Mai ein Vertrag abgeschlossen, der eine Arbeitszeit von zehn Stunden pro Tag vorsieht. Der Minimallohn beträgt 27 Mark pro Woche, was eine Lohnerhöhung von 2 Mark pro Woche ausmacht. Für Ueberstunden werden 50 Pfg. gezahlt; für verabfolgte Naturalien darf nichts verabfolgt werden. Arbeitskräfte müssen vom Arbeitsnachweis des Verbands bezogen werden.

Ein Schlag ins Wasser.

Die vereinigten Strickwarenfabrikanten in Mühlhausen in Thüringen haben offenbar nur Schreckschüsse abfeuern wollen, als sie allen Mitgliedern des Textilarbeiterverbandes zum 15. Mai kündigten, weil die Arbeiter der Firma Louis Hirsch die Maifeier durch Arbeitsruhe begingen. Die Unternehmer geben bekannt, daß sie die Kündigung nur „zwecks Ueberlegung weiterer Maßnahmen" allgemein gehalten haben. Sie wollen es jetzt bei einer Aussperrung bewenden lassen, indem alle, dem Textilarbeiterverbande angehörigen Arbeiter und Arbeiterinnen vom 15. bis 21. Mai nicht zur Arbeit zugelassen werden sollen.

Vielleicht überlegen sich die Unternehmer auch diesen Schritt noch einmal. Diese Maifeier würde doch sehr post festum kommen.

Volkswirtschaftliches.

Bodenwucher.

Unter der Rubrik: „Grundstücksverkauf" lesen wir in einem Berliner Blatte folgende Notiz:

„Das Grundstück Französischestr. 52, zirka 28 Quadratruten groß, ist letzten Sonnabend in den Besitz des Münchener Bierbrauers Pschorr übergegangen. Ihm gehören bereits die Nachbargrundstücke Nr. 50—51, welche in Verbindung mit dem großen Eckhaus Friedrichstraße und Behrenstraße stehen. Der Ankauf dient also zur Arrondierung des Besitzes, und nur so ist der fabelhaft hohe angelegte Preis von 760 000 Mk., also zirka 27 000 Mk. für die Quadratrute zu erklären. Der Schaaffhausensche Bankverein, dem die Grundstücke Französischestraße 53—55 gehören, soll ebenfalls auf Nr. 52 reflektiert haben, hat aber wohl kein so hohes Angebot gemacht. In dem Hause Nr. 52 befand sich viele Jahre die bekannte Weinstube von Wendeborn. Herr Wendeborn verkaufte das Grundstück vor zirka zwei Jahren für 500 000 Mk. Es sind also zirka 260 000 Mark in zwei Jahren verdient worden!"

„Verdient" nennt man euphemistisch, was nichts anderes ist als schamloser Wucher. Dazu fällt der Stadt Berlin von diesem „Verdienst" in Form einer Wertzuwachssteuer auch nicht ein roter Pfennig zu, da die freisinnigen Stadtväter sich gegen ihre Einführung wehren!

Kommunales.

Keine Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter.

Nachdem die Erhöhung der Beamtengehälter in der Stadt Braunschweig beschlossen worden war, beantragten unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung, die Löhne der städtischen Arbeiter gleichfalls um 10 Prozent zu erhöhen. Die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit lehnte den Antrag rundweg ab, auch alle Anträge, die die Lohnerhöhung bei einzelnen Abteilungen der städtischen Betriebe bezweckten. Dabei zahlt die Stadt Braunschweig einer erheblichen Zahl ihrer Arbeiter Jahreslöhne von 740 bis 900 Mk. Abgelehnt wurde selbst der Antrag, den Arbeitern für die geleisteten Sonntagsschichten andere Freischichten zu gewähren.

Weiter lehnte die Versammlung auch den Antrag unserer Genossen ab, die Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System einzuführen und zwar unter der Begründung, daß man erst Erfahrungen aus anderen Städten abwarten müsse, und mit den „Gewerkschaften, d. h. der Sozialdemokratie" keine so rege Verbindung eingehen dürfe, als es die Einführung der Arbeitslosenversicherung erfordere.

Allerlei.

Mysteriöse Affäre.

Paris, 9. Mai. Aus einem Fremdenzimmer des Hotels „Moderne" drangen gestern nachmittag in rascher Folge Detonationen von Revolverschüssen. Die Eindringenden fanden den Mieter, den Studenten Witko mit zerschmettertem Schädel tot vor. Ein kurz vorher zu Besuch erschienener Herr lag gleichfalls blutüberströmt am Fenster. Beider Zustand ist bedenklich. Die Identität des Besuchers wurde abends festgestellt. Es handelt sich um den Moskauer Polizeiobersten Kenko (!), der Ursache hatte, Witko für einen Geheimagenten in russischen Diensten zu halten. Nicht völlig aufgeklärt ist, warum Witko bei einer Gesprächswendung mehrere Schüsse auf den Polizeiobersten abgab. Witkos Bekannte erzählen, daß er im Jahre 1906 wegen Majestätsbeleidigung nach Sibirien verschickt wurde. Von dort entkam er und hielt sich seit 1908 hier auf. Er bot der Moskauer Polizei seine Dienste an und machte sich zur Enthüllung eines angeblich geplanten großen Komplottes gegen den Zaren und mehrere Mitglieder der Duma erbötig. Dies alles aber nur zu dem Zweck, den Polizeiobersten hierher zu locken und ihn zu töten.

Nächtlicher Ueberfall.

Cette, 9. Mai. Verflossene Nacht drangen 50 vermummte Arbeiter auf den Dampfer „Ville de Cette", um die Ladung, welche von nicht organisierten Arbeitern gelöscht werden sollte, zu vernichten. Die Angreifer beschädigten einen Teil der Ladung, warfen viele Fässer mit Oel ins Meer und versuchten die Schiffstaue zu durchschneiden. Es gelang der Polizei nur mit großer Mühe, die Angreifer zu vertreiben; diese waren mit Revolvern bewaffnet und leisteten energisch Widerstand. In dem Tumult wurde ein Polizist verletzt. Verhaftungen konnten nicht vorgenommen werden.

Bombenexplosion im Straßenbahnwagen.

Wie aus Buenos-Aires gemeldet wird, wurde dort gestern in einem Straßenbahnwagen eine Bombe gefunden, die, als man sie entfernte, explodierte. 20 Personen wurden dabei verletzt. Nach einer weiteren Meldung explodierte auf offener Straße eine Bombe, wodurch ein Polizeibeamter und ein junges Mädchen schwer verletzt wurden.

Waldbrände.

Berlin 9. Mai. Ueber neue Waldbrände wird aus München-Gladbach berichtet. Bei Hinsbeck ist ein großer Waldbrand ausgebrochen, der auf die gräflich Schaesbergschen Waldungen übergriff. Die Gehöfte von Blankenhaide sind in großer Gefahr.

Essen, 9. Mai. Der Waldbrand bei Bottrop konnte gestern abend durch Anlegung von Laufgräben und Wällen zum Stillstand gebracht werden. Die auf der Brandstätte herrschende Gluthitze machte die Annäherung auf weniger als 50 bis 80 Meter unmöglich. Einige 20 000 Morgen Wald sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Die ganzen Waldbestände waren unversichert.

Das Handwerk gelegt!

Danzig, 9. Mai. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Generalagenten v. Mosakowski, der auf Grund seiner Verbindungen mit mehreren Geldinstituten in Berlin, Oranienburg und Braunschweig zahlreiche Darlehnsschwindeleien gegen Offiziere, Beamte, Lehrer und Kaufleute beging, zu vier Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust, sowie 1800 Mark Geldstrafe oder noch 80 Tage Gefängnis.

Im Berufe verunglückt.

Der oldenburgische Landtagsabgeordnete Harms in Etzhorn erhängte sich am 8. Mai früh, und zwar nach den kurz vor seinem Tode gemachten Aeußerungen aus Kummer über seine Abstimmung über die Frage des Wohnungsgeldzuschusses. Harms hatte vor etwa zwei Monaten im Landtage gegen die Vorlage gestimmt und war seitdem von Gewissensbissen verfolgt.

Muß der eine zart besaitete Seele gehabt haben!

Feuer im Dorf.

Thann (Els.), 7. Mai. In Geishausen, einem Gebirgsort am Fuße des Gebweiler Belchens, wurden in der vergangenen Nacht mehrere Wohnhäuser eingeäschert. Bei den Rettungsarbeiten fanden drei Familienväter, die zusammen 20 Kinder (!) hinterließen, den Tod.

Verschüttet.

Paris, 7. Mai. In der Grube St. Reneguesnaia sind vier Arbeiter durch einen Erdrutsch verschüttet worden; einer war auf der Stelle tot, die drei übrigen sind schwer verletzt.

Ein pflichtvergessener Mensch!

München, 7. Mai. Nach der „Münchener Post" hat sich der Schulhausmeister der Schule in der Kirchenstraße eine grobe Pflichtverletzung zuschulden kommen lassen. Ein Schüler der siebenten Klasse, der wiederholt hinter die Schule ging, war bereits zweimal mit zweistündigem Karzer bestraft worden. Da er kürzlich wieder einmal ohne Entschuldigung und ohne triftigen Grund der Schule ferngeblieben war, Samstag nachmittag wollte der Schüler seine Strafe abbüßen. Der Schulhausmeister sperrte das Kind in das Arrestlokal, versäumte (!) es aber, es wieder zu entlassen. Das Kind saß Samstag nachmittag und den ganzen Sonntag bis Montag vormittag ohne Speise und Trank im Karzer. Der Mutter des Kindes war das Fernbleiben nicht weiter aufgefallen. Der Vorfall veranlaßte den Magistratsreferenten, beim Direktorium den Antrag zu stellen, den Schulhausmeister seines Postens zu entheben.

Reliquien-Ausverkauf.

Aus Reichenberg i. B. wird der „Bohemia" unter dieser Spitzmarke geschrieben: In der Nummer vom 1. Mai der „Pfarramtlichen Nachrichten für Deutsch-Gabel und Ringelshain" findet sich folgende Mitteilung an die frommen Gläubigen:

„Es ist ein Vorrat von Reliquien der seligen Zdislawa in den Händen des hochwürdigen Bischofs. Es können Gläubige Reliquen erhalten, wenn sie die Kosten einer Verschlußkapsel tragen wollen. Es sind solche um 3, 5 und 10 Kronen zu haben."

Wenn die Reliquien im Detailverkauf zu so billigen Preisen erhältlich sind, dann wird der hochwürdige Bischof wohl bald genötigt sein, ein Schild herauszuhängen: Ausverkauf!

Ein Unwürdiger.

Aus dem heiligen Speier wird der „Frankfurter Zeitung" folgendes Geschichtchen erzählt: Ein hiesiger Bürger, ein Mann von 69 Jahren, der in der Stadt allgemeine Achtung genießt,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090511-14/fragment/page=0007

führt seit 1901 das Protokollbuch des hiesigen Katholischen Männervereins, und zwar, wie von dem zweiten Vorsitzenden anerkannt, mit treuer Pflichterfüllung. Dieser Tage fand nun im hiesigen katholischen Vereinshaus eine Ausschußsitzung des Vereins statt. Es soll an die Chargenverteilung gegangen werden. Da erhebt sich ein Professor am Gymnasium und nimmt das Wort zu folgender Rede:

Meine Herren! Eh' wir an die Chargenverteilung gehen, eine kurze Erörterung! Ich muß Sie allen Ernstes fragen, ob der bisherige Schriftführer, der heuer wiedergewählt worden ist, fähig sein wird, das Amt eines Schriftführers in unserem katholischen Verein weiterzuführen. Er sollte, wie ich glaube, seine freie Zeit für sein Haus verwenden! Ich habe seinen großen Sohn (NB. Ein Jüngling von zwanzig Jahren) schon mehrmals mit einem protestantischen Mädchen gesehen. Am hellen, heiligen Karfreitag, während andere Katholiken andächtig die Kirche besuchen, habe ich ihn mit zwei protestantischen Mädchen (NB. Schwestern) über die Straße gehen sehen!

Daß es der Herr Professor überhaupt erträgt, in einer Zeit zu leben, in der es keine Scheiterhaufen mehr gibt!

Die rote Fahne.

In der Pirnaer „Volkszeitung" lesen wir folgendes lustige Geschichtchen:

Eine rote Fahne flatterte auf einer zirka 40 Meter hohen Esse in Birkwitz lustig seit dem 1. Mai im Winde. Wenn man von Copitz kommt, sieht man schon von weitem dieses revolutionäre Wahrzeichen grüßen. Die Fahne ist ziemlich groß. Halb Birkwitz ist schon auf den Beinen gewesen, es gibt sich jedoch niemand dazu her, die Fahne herunter zu holen. Denn die Esse ist schon seit Jahren außer Betrieb und es ist nicht sicher, daß die Steigeisen im Innern intakt sind. Außerdem muß der schon ein waghalsiger Kletterer sein, der sich in diese luftigen Höhen hinaufwagt. Denn die Fahne scheint ziemlich gut hoch oben an dem Blitzableiter befestigt zu sein. Der Kletterer müßte also außen auf die Esse treten, um die Fahne niederzuholen. Dazu gibt sich bei dem herrschenden Sturme niemand her, überhaupt scheint in Birkwitz gar niemand Lust zu haben, dieses revolutionäre Wahrzeichen herunter zu holen. Denn alle, an die dieses Ansinnen gestellt wurde, sagten ab. Einen Schornsteinfeger zu diesem Zwecke herbei zu holen, kostet aber Geld; wer soll das bezahlen? Die Gemeindekasse kann dazu füglich nicht in Anspruch genommen werden und so enragierte Patrioten, die zu diesem Zwecke in den eigenen Beutel greifen, sind in Birkwitz auch nicht zu finden. Aber eigentümlich: trotzdem die rote Fahne nun schon fünf Tage über dem Orte weht, steht Birkwitz immer noch auf dem alten Fleck! Es ist noch nicht untergegangen!

Findet sich denn kein deutscher Jüngling in Birkwitz und Umgegend, der die Courage hat, das rote Schandzeichen herabzuholen? Wo bleibt übrigens die Polizei in diesem Falle? Will sie es etwa auf eine Rotkollerepidemie unter den Birkwitzer Spießern ankommen lassen?

Sankt Bureaukratius in der Kaserne.

Unserm Karlsruher Parteiorgan lag der Abschnitt einer Postanweisung vor, mittels welcher das königl. preußische Kommando des 1. Bat. 4. Bad. Inf.-Reg. „Prinz Wilhelm" Nr. 112 in Mülhausen i. E. einem aus der „Ferienkolonie" entlassenen Reservisten am 29. September 1908 pflichtschuldigst die ihm aus dem königlichen Dienst noch zustehende wohlverdiente Brotgeldifferenz für den Marsch nach Ensisheim im Betrage von drei deutschen Reichspfennigen zusendet. Für die Zustellung der Summe durch die Post mußte der glückliche Empfänger dann fünf deutsche Reichspfennige Zustellgebühr entrichten, so daß der Fiskus noch ein Geschäft machte, da der Reservemann noch zwei deutsche Reichspfennige zulegen mußte, um ein Stückchen Rosapapier, den Postabschnitt, ausgehändigt zu erhalten. Ordnung muß sein! Drum erhalte man uns den lieben Militarismus und die wackere Militärbureaukratie!

Versammlungsberichte.

Halle. Brauereiarbeiter. Versammlung am 1. Mai. Genosse Reivand referierte über die Bedeutung des 1. Mai. Nach seinem beifällig aufgenommenen Referat wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 1. Mai tagende Brauereiarbeiter-Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden. Sie ist der Meinung, daß die würdigste Form der Maifeier die Arbeitsruhe ist. Die Versammlung nimmt mit Bedauern von dem Beschluß der Angestellten des Allgemeinen Konsumvereins Kenntnis, und erklärt, daß durch diesen Beschluß eines Arbeiterinstituts sich die Verwaltung und Aufsichtsrat den Mitgliedern gegenüber, die nur aus Arbeitern bestehen, nicht würdig gezeigt haben."

Theißen. Am 2. Mai fand die Generalversammlung des Konsumvereins statt. Das 1. Halbjahr des 26. Betriebsjahres begann mit dem 30. September 1908 und endete mit dem 30. März 1909. Dem Verein gehörten 469 Genossenschaftler an. Das verflossene Jahr schloß mit einem Umsatz von 129 306,78 Mk. ab. Der Reingewinn betrug 12 832,37 Mk. An Rückvergütung werden gezahlt 4 Proz. auf die Geschäftsanteile; 5 Proz. auf die Lieferantenmarken; 14 Proz. (!) auf die Dividendenmarken. Die Auszahlung der Rückvergütung erfolgt am 6. und 7. Mai abends 6 Uhr. Angeregt wurde, die Rückvergütung bis auf 10 Proz. zu reduzieren; dem soll stattgegeben werden. Pflicht eines jeden von dem Geiste der Genossenschaft durchdrungenem Mitgliede ist es, Indifferente und Frauen aufzuklären, daß nicht durch eine zu hohe Rückvergütung ein ungesunder Zustand herbeigeführt wird.

Aue. Sozialdemokratischer Verein. In der Mitgliederversammlung am 24. April referierte Gen. Drescher-Halle über: „Die Entstehung, Entwicklung und Wirkung des Kapitals." Dann wurden die Quartalsberichte gegeben, denen folgendes entnommen sei. Die Einnahme und Ausgabe bilanziert mit 314,72 Mk. An Beiträgen gingen ein 167,20 Mk., für den Preßfonds 79,77 Mk. An die Hauptkasse eingesandt 150 Mark. Kassenbestand 24,96 Mk. Die Mitgliederzahl betrug zu Beginn des Quartals 184. Zugang 47 (27 weibliche, 20 männliche), Abgang 6, jetziger Bestand 225, darunter 43 weibliche. Im Geschäftlichen wurden noch einige Sachen zur Maifeier erledigt. Dann wurde nach das Mitglied Karl Dietrich wegen Streikbruchs ausgeschlossen.

Naumburg. Steinarbeiter. Mitgliederversammlung am 24. April. Die Abrechnung vom 1. Quartal wird für richtig befunden. Ueber den Stand der Lohnbewegung bei Rottig in Freyburg wird mitgeteilt: Es arbeiteten zu mancher Zeit 48 organisierte Kollegen auf diesem Platz. Außerdem sind noch 15—20 Spitzmaurer vorhanden, die sämtliche Steinmetzarbeiten verrichteten. Vor ungefähr drei Jahren kam ein Geschäftsführer, Bruno Eckardt, von Beruf Steinbildhauer. Dieser Herr verstand es, Uneinigkeiten in die Reihen der Kollegen zu bringen. Von Naumburg waren ständig 12—15 Mann dort tätig, die auch hauptsächlich den Kern der Organisation bildeten. Im Jahre 1908 brachte es der Geschäftsführer fertig, den Kollegen den wilden Akkord aufzudrängen, statt des Stundenlohns von 50 Pfennigen. Zu Anfang war der Verdienst bei etlichen Kollegen sehr verlockend; aber schon im Dezember waren Tagesverdienste von 1,50 Mk. und (sage und schreibe) 50 deutschen Reichspfennigen keine Seltenheit. Nun legten sämtliche Kollegen (auch die Spitzmaurer) einmütig die Arbeit nieder. Zur Versammlung, am 18. Januar, traten elf Maurer dem Verbande bei, denen auch Unterstützung gewährt wurde. Aber schon am 28. Januar meldete sich Steinmetz Wilhelm Müller (Schwager des Geschäftsführers Eckardt), aus dem Verbande ab, um so unsere ganze Arbeit mit einem Schlage über den Haufen zu werfen. Es dauerte auch nicht lange, da meldeten sich nach und nach sämtliche Kollegen, bis auf drei charakterfeste, ab. Diese drei bekommen, weil sie im Verbande sind, jetzt keine Arbeit. Das Verhalten Müllers wurde aufs schärfste in unserer Versammlung kritisiert. Am 14. März wurde die Sperre verhängt. Wie eine Bombe schlug dann am 17. April die Nachricht ein, daß die Geschäftsleitung die Sperre aufgehoben habe. Es wurde scharf kritisiert, daß den zugereisten Kollegen ein Schreiben überreicht wurde, nach Freyburg zu fahren und Arbeit zu nehmen, da die Sperre aufgehoben sei.

Weißenfels. Gewerkschaftskartell. Sitzung vom 20. April. Die Einnahme im ersten Quartal betrug 222,38 Mk., die Ausgabe 206,10 Mk., Bestand 16,28 Mk. Ueber die Bibliothek wird berichtet, daß sie fleißig benutzt wird. Der Antrag des Vorstands, das Schlafmarkensystem aufzuheben, wird angenommen. Einem Antrag Hauer, die Beiträge für das Quartal von 5 auf 7 Pfg. zu erhöhen, wird zugestimmt. In der nächsten Mitgliederversammlung soll dies unterbreitet werden. Ferner sollen 1000 Steuerreklamationen angeschafft und mit 5 Pfg. das Stück abgegeben werden. Dann wurde der Eintritt zum nächsten Theaterabend festgesetzt, der auf allen Plätzen gleich sein soll. Zum Stenographen-Kursus werden noch Anmeldungen entgegengenommen. Zum Schlusse erstattete Genosse Klee Bericht über die Lohnbewegung der Bäcker.

Obergreislau. Sozialdemokratischer Verein. In der Mitgliederversammlung am 2. Mai referierte die Genossin Bach aus Weißenfels über „Die Bedeutung des ersten Mai". In einem kurzen aber schönen und lehrreichen Vortrage legte die Referentin den Genossen und Genossinnen auseinander, daß in der Feier des ersten Mai die Grundforderungen des Proletariats enthalten seien. Der Referentin wurde Beifall gezollt. Dann gab der Vorsitzende den Vierteljahrsbericht. Am Anfang des Quartals waren 37 Mitglieder beigetreten, elf männliche, zehn weibliche; ausgeschieden acht männliche, zwei weibliche; bleiben am Schlusse des Quartals 48 Mitglieder. Vorstandssitzungen fanden vier und Versammlungen drei statt. Hierauf erfolgte die Abrechnung vom ersten Quartal. Einnahme 32,77 Mark. Ausgabe 31,25 Mk. Mithin ein Kassenbestand von 1,52 Mark. Danach kam die Angelegenheit eines Mitgliedes zur Sprache, das in der letzten Mitgliederversammlung in provozierender Weise auftrat und die Genossen mit allerlei Schimpfnamen belegte. Die Versammlung schloß sich der Ansicht des Hauptvorstandes an, daß, wenn das jetzt ausgeschlossene Mitglied sich wieder melden will, nur dann Aufnahme findet, wenn die große Mehrzahl der Mitglieder dafür ist. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

G. H., Oberröblingen. Von 11½ bis 1½ und von 5 bis 8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

W. K., Golma. Brieflich können wir, wie schon oft gesagt, keine Auskunft erteilen. Nur wenn die Frau Ernährerin der Familie gewesen, kann eine Rückerstattung von Beiträgen ausgesprochen werden, vorausgesetzt, daß 200 Wochen-Beiträge geleistet worden sind. Außerdem erhält der Ehemann der Verstorbenen nichts.

W. Sch., Trebnitz. Die Anfrage ist auch in voriger Woche beantwortet.

E. R., Grünwalde. Sie dürften etwas deutlicher schreiben. Der Gastwirt ist dazu nicht verpflichtet.

Teuchern 100. Am stärksten frequentiert ist Berlin, die einzelnen Zahlen können wir Ihnen nicht mitteilen.

G. J., Gitenburg. Wenden Sie sich an die hiesige Polizeibehörde.

Sch. Kr. Nach dem neuen Gesetze werden Sie kaum etwas ausrichten. Wir raten nicht zur Klage. Suchen Sie sich zu einigen.

Sch., Querfurt. 1. Nein. 2. Haftpflichtig sind Sie, es muß Ihnen aber ein Verschulden nachgewiesen werden. Außerdem muß nachgewiesen werden, daß der Gegenstand Ihnen unbeschädigt übergeben worden ist.

E. F., Senftenberg. Brieflich erteilen wir keine Auskunft. Ihre Frage kann nur ein Bergverständiger nach Augenscheinnahme beantworten.

K. 100. Zunächst kommt es darauf an, ob für die Straße eine Fluchtlinie festgelegt ist. Wenn dabei keine Einwendungen erhoben sind, ist kaum noch etwas zu unternehmen. Immerhin richten Sie eine Beschwerde an den Landrat (Kreisausschuß). Die Breite des Fußweges würde sich ebenfalls nach dem Fluchtlinienplan richten.

K. H., Artern. Wollten wir gegen allen Briefkastenlöbhuhn der „nationalen" Provinzpresse polemisieren, so könnten wir überhaupt nichts anderes beginnen. Das Vergnügen müssen wir uns schon verkneifen.

W. K., Baldit. Einkommensteuer muß gezahlt werden.

B. 100. 1. Wegen Beleidigung können Sie nicht klagen. Wenn der Mann nicht anständig genug ist zu tun was man von halbwegs zivilisierten Menschen erwartet, so strafen sie ihn mit Verachtung. 2. Nein.

E. J. Nur der Tochter muß, wenn deren Ehemann außerstande ist, für seine Familie zu sorgen, Unterstützung gewährt werden, vorausgesetzt, daß es den Eltern möglich ist.

F. A., Merseburg. Sie haben vergessen, das Alter des Kindes anzugeben, aber wir können Ihnen jetzt schon sagen, daß sie es nicht ohne Zustimmung der Schulbehörde aus der Schule nehmen dürfen. Wenden Sie sich unter Darlegung der Verhältnisse an den Kreisschulinspektor. Dort können Sie sich auch über Lehrer und Rektor beschweren wegen der Behandlung des Kindes. 2. Ja, der uneheliche Vater hat für alle derartigen Kosten bis zum vollendeten 16. Lebensjahre des Kindes aufzukommen.

600 R. F. R. Wenn Sie in der Zwischenzeit gar nichts unternommen haben, ist die Schuld verjährt.

E. T., Delitzsch. Der Gerichtsbeamte dürfte recht behalten. Zu derartigen „Rechtsgeschäften" ist Einwilligung des Vormundschaftsgerichtes nötig.

F. G. Untergreislau. Das freireligiöse „Bekenntnis" wird dort geduldet. Es handelt sich um sogen. dogmenfreien Moralunterricht. Die Bestätigung ist so aufzufassen, wie z. B. die von Turnlehrern in Turn-Vereinen mit Jugendabteilungen.

K. G., Mühlberg. Wenn Sie die fragliche Abmachung schriftlich haben, verklagen Sie den Mann einfach.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Auflösung der türkischen Kammer?

Paris, 10 Mai. Nach einer Meldung des „Echo de Paris" aus Konstantinopel glaubt man dort infolge der Meinungsverschiedenheiten zwischen Schemket Pascha und den jungtürkischen Abgeordneten an **eine Auflösung der Kammer** und Ausschreibung der Neuwahlen für den 14. Juli.

Spanisch-marokkanischer Zwist.

Paris, 10. Mai. Der „Matin" meldet aus Tanger: Infolge des Abbruchs der spanisch-marokkanischen Verhandlungen hat der englische Gesandte versucht, die Schwierigkeiten durch Vermittlung beizulegen. Der spanische Gesandte hat Befehl erhalten, nach Tanger zurückzukehren. Gerüchtweise verlautet, daß demnächst eine militärische Kundgebung in Reff stattfinden werde.

Ein Dementi.

Paris, 10. Mai. Die Postbeamten dementierten aufs energischste die Behauptung, daß sie **300 000 Frank** aus dem Auslande für ihre Streikbewegung erhalten hätten.

Frostschäden in Italien.

Rom, 10. Mai. Der durch den letzten Frost in Italien angerichtete Schaden wird auf **100 Millionen Lire** veranschlagt.

Das kommt davon!

Ratibor, 10. Mai. Der Postassistent Zenke in Konstadt hatte mit einem Mädchen ein Liebesverhältnis unterhalten, das nicht ohne Folgen blieb. Auf seinen Rat ging das Mädchen nach Berlin zu einer „weisen" Frau, um die Folgen beseitigen zu lassen, fand aber hierbei ihren Tod. Als Zenke verhaftet werden sollte, erschoß er sich.

Versammlungs-Anzeiger.

Im Inseratenteil der heutigen Nummer werden folgende Versammlungen veröffentlicht:

Torgau: Soz. Verein, Mittwoch, 12. Mai.

Literarisches.

Ranker, Die Krankenpflege im Hause. Heft 19 der Arbeitergesundheitsbibliothek. — Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 20 Pfg., in besserer Ausstattung 50 Pfg.

Wenn auch die Krankenpflege infolge der ganzen modernen Kulturentwicklung, der Großindustrie und der Vernichtung der alten Familie, der Großstadt mit ihrer Wohnungsmisere und dem Eintritt der Frau in das Erwerbsleben usw., aber auch infolge der neuesten Entwicklung von Medizin und Hygiene mehr und mehr eine öffentliche Angelegenheit geworden, in Krankenhäusen und Sanatorien verlegt worden ist und durch Berufspfleger und -Pflegerinnen geschieht, so bleiben doch immer noch zahllose Fälle, in welchen nach wie vor die Familie die Pflege des Erkrankten übernimmt, in welchen der Frau als Gattin und Mutter die Aufgabe zufällt, als Helferin des Arztes zur Gesundung erkrankter Familienangehörigen wesentlich mit beizutragen. Kein Zweifel, daß unsere heutigen Frauen und Mädchen für diese ebenso verantwortungsvolle wie schöne Aufgabe allermeistens nicht oder wenigstens nicht genügend geschult sind und aus dieser mangelhaften Vorbereitung sich mannigfache Schwierigkeiten und Schädigungen für den Kranken ergeben. Diesem Mangel der heutigen Erziehung der Frau will das vorliegende Heft 19 der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek abhelfen, in welchem der Verfasser, ein früherer Krankenwärter, in leichtfaßlicher Form Anweisungen gibt für die Instandhaltung des Krankenzimmers und des Krankenbetts, die Lagerung und Reinhaltung des Kranken, für sonstige Hilfeleistungen bei Kranken, für die Beobachtung des Kranken, das Wachen bei Kranken und Hilfeleistungen beim Essen und Trinken.

Das Heft sollte in keiner Arbeiterfamilie fehlen, fleißig gelesen und im Bedarfsfalle nachgeschlagen werden.

„Prostitution beim Theater", von Vollrath von Lepel, Schauspieler, vorm. am herzoglichen Hoftheater in Meiningen. Verlag Volkswort in Zürich. Preis 1 Mk.

Der Oeffentlichkeit ist in dem Verfasser der Broschüre ein Vorkämpfer für die Beleuchtung der Prostitutionszustände am Theater erstanden. Das so heikle Thema behandelt er klar und ohne jede Scheu vor einem Boykott. Auf Grund jahrelanger Bühnenpraxis schildert der Verfasser die Zustände, wie sie eben am Theater herrschen; besonders wird gezeigt, wie junge Mädchen, um wirklich Karriere zu machen — einerlei ob sie Talent besitzen oder nicht, von Roués, angefangen beim Theateragenten bis hinauf zum Direktor, Intendanten und Kunstfreund (Mäcen genannt!) einer Prostitution unterworfen werden. Der Inhalt berührt auch jene weiblichen Personen, welche schon vor ihrer Theaterlaufbahn Prostituierte waren oder es noch sind und ein Engagement annehmen, bzw. sich den Titel Schauspielerin zulegen, nur um ihrem unsauberen Gewerbe unbelästigt nachgehen zu können, d. h. sich der polizeilichen Kontrolle zu entziehen, und um geeignete Verbindungen zu Lebemännern zu gewinnen. Die Broschüre des Schauspielers von Lepel, welche gegen diesen Schmutz und noch andere traurige Zustände am Theater kämpft, appelliert an die deutschen Schauspieler und besonders Schauspielerinnen, daß nur der Weg der Oeffentlichkeit zu einer Besserung beitragen kann. Mag dieses heikle Vorgehen auch schwere Opfer fordern, doch einen wirkungsvolleren Weg gibt es wohl kaum.

Wahlkreis Zeitz-Weißenfels-Naumburg.

Im 3. Quartal 1908/09 gingen folgende Summen ein:

Kassenbestand vom 1. Januar 1909	10 574,—	Mk.
Eintrittsgelder à 20 Pfg.	50,60	„
„ à 10 Pfg.	32,10	„
Beiträge à 30 Pfg.	2 679,30	„
„ à 10 Pfg.	213,30	„
Sammellisten	205,65	„
Quittungen im „Volksblatt"	231,87	„
Presse div. Sammlungen	29,95	„
Bons	21,60	„
Entree bei Versammlungen	372,60	„
Agitation	2,35	„
Broschüren	82,—	„
Festlichkeiten	146,55	„
Div. Einnahmen	81,45	„
Hauptkasse für die Presse	5,55	„
„ „ div. Einnahmen	10,00	„
Sa.	14 738,87	Mk.

Bilanz:

Einnahme	14 738,87	Mk.
Ausgabe	3 465,40	„
Kassenbestand	11 273,47	Mk.
Davon in der Hauptkasse	10 577,30	Mk.
„ „ den Filialen	696,17	„
Sa.	11 273,47	Mk.

Ernst Klitz, Kassierer.

Die Revisoren: Ernst Hentzschler. Georg Hiller.

An den Einnahmen sind beteiligt:

Zeitz	996,91	Mk.	Uebertrag:	3581,62	Mk.
Weißenfels	422,10	„	Hainsburg	71,65	„
Aue	292,37	„	Taucha	70,50	„
Streckau	261,40	„	Falkenhain	69,20	„
Teuchern	257,40	„	Droyßig	64,05	„
Theißen	217,30	„	Salzitz	57,15	„
Naumburg	215,30	„	Deuben	56,55	„
Zipsendorf	212,90	„	Gröben	49,40	„
Hohenmölsen	209,10	„	Döbris	44,80	„
Kretzschau	122,64	„	Grana	34,—	„
Trebnitz	110,75	„	Untergreislau	31,10	„
Kayna	102,50	„	Werschen	19,80	„
Rasberg	80,65	„	Hauptkasse	15,55	„
Rehmsdorf	80,30	„	Kassenbestand	10 574,—	„
Sa.	3581,62	Mk.	Sa.	14 738,87	Mk.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Jubiläum.

Am 2. Juni d. J. begeht das bekannte Geschäftshaus J. Lewin das Fest des 50jährigen Bestehens. Die Firma ist aus kleinen Anfängen hervorgegangen, hat sich aber im Laufe der Zeit dank der umsichtigen Leitung ihrer jetzigen Inhaber, der Herren Simon, Gustav, Siegmund und Leo Lewin zu einem der ersten Häuser ihrer Branche überhaupt aufgeschwungen. Ihre Gründung erfolgte durch den Firmenträger, Herrn Julius Lewin, dem Vater des vorbenannten gegenwärtigen Inhaber und Leiter. Das Personal und die zahlreichen Geschäftsfreunde, von denen ein Teil seit Begründung der Firma mit ihr in Verbindung steht, gedenken dem Hause zu seinem Ehrentage Aufmerksamkeiten aller Art zukommen zu lassen.

Die Rachitis oder englische Krankheit wird durch unzweckmäßige Nahrung entschieden verschlimmert. Eine sehr zweckmäßige Nahrung, welche nicht nur durch ihren Gehalt an Eiweißstoffen die Bildung von Muskelsubstanz fördert, sondern durch ihren Gehalt an Mineralstoffen auch die Knochenbildung sehr günstig beeinflußt, ist **„Kufeke"**.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090511-14/fragment/page=0008